

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erstmal wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Jähern.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötterstraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 8892.

Inserate über Stellenvermittlung die sechsgepaletete Kolonietexte
1 Mark.
Geschäftsinsereate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **237 900** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Die Metall- und Maschinenindustrie in Preussen.

Die kürzlich für 1904 erschienenen Jahresberichte der preussischen Fabrikinspektoren bieten ein Spiegelbild der geübtesten Wirtschaftslage, von der offenbar nur wenige Betriebe unberührt geblieben sind. Statistisch bräut sich der neue Aufschwung in der Vermehrung der Zahl der Gewerbeinspektion unterstellten Betriebe um 21157 von 108428 im Jahre 1903, auf 124580 in 1904 und der Zahl der darin tätigen Personen um 189182 von 2616789 auf 2704945 aus. Dazu ist allerdings zu bemerken, daß ein Teil davon auf die Ausdehnung des Arbeiterschutzes für die Konfektionsindustrie entfällt.

In diesem Aufschwung partizipiert natürlich auch die Metall- und Maschinenindustrie, wie ein Vergleich der Angaben aus den letzten beiden Jahren zeigt. Es wurden gezählt:

	Metallindustrie		Maschinenindustrie	
	1904	1903	1904	1903
Betriebe	9085	8385	6985	6594
Arbeiter	294496	274340	448583	412510
Männliche	266151	247998	425708	392696
Weibliche	28345	26342	22875	19814
Erwachsene	265631	247904	424896	391216
Jugendliche	28526	26140	23528	21205
Kinder	330	296	139	89

Das starke Wachstum springt in die Augen. In beiden Industrien ist eine Vermehrung der Betriebe eingetreten, zusammen um 1071 von 14979 auf 16050. Die Zahl der Arbeiter stieg um 58909 von 268850 auf 327759. Der Löwenanteil daran entfällt auf die männlichen Arbeiter, allein die Zahl der Arbeiterinnen beträgt doch auch über 60000, wovon 48000 über 16 Jahre alt.

In den einzelnen Berichten finden sich dazu manche beachtenswerte Bemerkungen. So ist allein die Arbeiterzahl des Kabellewertes Oberpreußen mehr als 1200 Köpfe gewachsen. In der Gummiindustrie derselben, der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft gehörenden Unternehmens wurde die Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden reduziert und wenn sich der Neunstundentag bewährt, soll er auch in allen übrigen Abteilungen der Gesellschaft eingeführt werden, was hoffentlich nicht mehr lange auf sich warten läßt. Die Firma Vorjitz hat für ihre Gummischmiede den zweischichtigen Betrieb eingeführt; die eine Schicht arbeitet von 6 Uhr morgens bis 2 1/2 Uhr mittags, die andere von 2 1/2 Uhr bis 11 Uhr abends. Es wird ohne regelmäßige Pausen durchgearbeitet, da die Natur des Betriebes unvermeidliche Ruhepausen in größerer Zahl mit sich bringt. Die Neuerung hat sich bisher gut bewährt, der Verdienst der Arbeiter soll, obwohl die bisher 9 1/2 stündige Arbeitszeit auf 8 1/2 Stunden verkürzt worden ist, nahezu gleich geblieben sein. Im Berliner Luftschiffbezirk vermehrte sich die Arbeiterzahl um 17000, wovon allein 4789 auf die Metall- und 6791 auf die Maschinenindustrie entfallen, auf beide Industrien zusammen der große Teil des ganzen Zuwachses. Unsere Berliner Kollegen haben also eine Vermehrung um 11580 erfahren. Als Ursachen werden für die Metallindustrie die Entdeckung neuer Betriebe und die bessere Beschäftigung der schon vorhandenen, für die Maschinenindustrie außerdem die Vereinigung größerer Elektrizitätswerke sowie die Erweiterung und Verlegung ihrer Betriebsstätten bezeichnet. Im Bezirk Koblenz entfiel die Zunahme der Arbeiterzahl um etwa 300 fast ausschließlich auf die Maschinen- und Metallindustrie, „in der sich die Folgen einer allmählichen wirtschaftlichen Besserung bemerkbar machen“. Im Düsseldorfener Bezirk erhöhte die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter in der Metallindustrie eine Vermehrung um 3024, in der Maschinenindustrie um 4250, was wesentlich auf die immer mehr zunehmende Ausbreitung der elektrischen Starkstromnetze zurückzuführen ist. Ganz besonders geminnt in der Kleinmetallindustrie des bergischen Landes der Elektromotor neben seiner Bedeutung als bequemer Kraftabgeber zunehmend dadurch an Wichtigkeit, daß er einem großen Teile der Kleinmeister auf lange Zeit hinaus die Möglichkeit bietet, sich die Selbstständigkeit zu erhalten. An das Netz des im Jahre 1903 dem Betrieb übergebenen Elektrizitätswerkes der Stadt Solingen waren am Schlusse des Berichtsjahrs innerhalb des Stadtgebietes bereits 195 Motoren mit 294 Pferdekraften angeschlossen, deren Mehrzahl auf die Kleinindustrie entfällt. Daneben tritt für den Stadt- und Landkreis Solingen das bergische Elektrizitätswerk, das zurzeit etwa 1800 Kleinindustrielle mit elektrischem Strome versorgt und im Laufe des letzten Jahres nahezu 400 Schleifereien, Schloßereien, Bernickelereien und ähnliche Kleinbetriebe mit mehr als 600 Pferdekraften neu angeschlossen hat. Wie stark die Entwicklung der Kleinbetriebe im Bezirk Solingen ist, erhellt auch daraus, daß dem dortigen Gewerbeinspektor im Berichtsjahr 122 Projekte für neue Schleifereien und Meißereien zur Prüfung vorlagen.

In bezug auf die industrielle Frauennarbeit sei aus dem Düsseldorfener Bericht erwähnt, daß eine Britanniamwarenfabrik neuerdings dazu übergegangen ist, in ihrer Schleiferei Arbeiterinnen mit dem Polieren von Bleiwaren zu beschäftigen. Es gelang auf gütlichem Wege und durch den Hinweis auf die für weibliche Personen besonders hohen Gefahren der Bleivergiftung, den Leiter der Firma zu der Zusage zu bewegen, Arbeiterinnen zu dieser Beschäftigung fernherhin nicht mehr heranzuziehen. Im Merseburger Bezirk ist eine Ofenfabrik dazu übergegangen, Arbeiterinnen mit Schloßerarbeiten zu beschäftigen. Sie haben an den Ofenbetrieben die Beschläge zu befeuchten, eine leichte Beschäftigung, für die sich auch weibliche Personen bald die erforderliche Geschicklichkeit

aneignen. Die Arbeiterinnen sind in einer besondern, von den Arbeitsräumen der Männer abgetrennten Werkstatt unter Aufsicht eines zuverlässigen Meisters untergebracht. Sie kommen und gehen zu einer anderen Zeit als die übrigen Arbeiter. In den Fabriken der Metallverarbeitung, Zinnspielwaren und Christbaumschmuckwaren werden die Arbeiterinnen mit Verpackungsarbeiten, mit Anmalen der Gegenstände, mit Wiegen und Zählen beschäftigt. In den Kinderwagenfabriken bringen die Arbeiterinnen die innere Bekleidung der Wagen, die Verdecke und Gardinen an. Im Berliner Bericht wird mitgeteilt, daß über unsittliches Verhalten von Werkmeistern gegen die ihnen unterstellten Arbeiterinnen mehrfach Beschwerden vorgebracht wurden, deren Untersuchung noch keine genügenden Anhaltspunkte zur Verfolgung boten. Nur in einem Falle konnte tatsächlich festgestellt werden, daß der Werkmeister einer Metallwarenfabrik seinen Unterstellten unsittliche Anträge gemacht und für ihre Gewährung leichtere Arbeit, Lohnerhöhungen und sonstige Bevorzugungen versprochen hatte. Der Werkmeister wurde entlassen und außerdem strafgerichtlich verfolgt.

In einer Kleinmetallfabrik im Lirer Bezirk wurde mit Rücksicht auf die Jugendlichen die tägliche Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden herabgesetzt. In einem Thomasstahlwerk in demselben Luftschiffbezirk mußte der Inspektor gegen die Art der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter Einspruch erheben. Ein Gießgrubenarbeiter dieser Anlage beschwerte sich anlässlich eines beim Kranbetrieb entstandenen Unfalls, daß die Bedienung der hydraulischen Krane jugendlichen Arbeitern übertragen sei, die bei der geringsten Unachtsamkeit ihre Mitarbeiter einer großen Gefahr aussetzen. — So spielt der Kapitalismus in frivoller, profitwütiger Weise mit Menschenleben und dann stellt sich Graf Posadowsky im Reichstag hin und sagt, daß bei den deutschen Arbeitern die „Rente“ zur fixen Idee geworden sei und entnervend wirke. Ein andermal hat er freilich auch gesagt, daß die Dividende nicht das höchste sei. Graf Posadowsky macht es wie Schillers Mädchen aus der Fremde, er stellt jedem eine Gabe aus, das heißt die Lust nach Unternehmungen und die Arbeit, um jeder Partei eine kleine Freude zu dem Leib zu bereiten.

Der Wunsbergener Berichterstatter führt die Vermehrung der jugendlichen Arbeiter, namentlich in der Metall- und Maschinenindustrie, in der Hauptsache auf das Bestreben der Fabrikanten zurück, die überall herrschenden niedrigen Verkaufspreise durch möglichst billige Herstellungskosten auszugleichen. Sie verwenden daher in immer größerem Umfang automatische Maschinen, zu deren Bedienung jugendliche Kräfte genügen. In den genannten Industriegruppen war auch die Nachfrage nach jugendlichen Arbeitskräften größer als das Angebot. Da ist einmal amtlich konstatiert, daß die Billigkeit der Waren auf Kosten der Arbeiter, auf Kosten der Arbeitslöhne erzielt wird, und ferner, daß ohne irgend welche Rücksichten auf die Arbeiter, insbesondere die Arbeiterfamilien, die erwachsenen männlichen Arbeiter, die etwas teurere Arbeitskräfte sind, durch die billigen jugendlichen Arbeitskräfte, die mit ganz geringen Löhnen abgefunden werden, verdrängt und ersetzt werden.

Ebenfalls im Lirer Bezirk wurden bei einer Nachrevision in einem großen Güttenerwerk 13 jugendliche Arbeiter im Stahlwerk beschäftigt gefunden. Die Werkleitung stützte sich dabei auf die Bekanntmachung über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Berg- und Hüttenwerken vom 27. Mai 1902, die indessen die Beschäftigung nur für den unmittelbaren Betrieb dieser Anlagen zur Verarbeitung von Eisen und Stahl zuläßt. Das gegen den Generaldirektor und Betriebsingenieur eingeleitete Strafverfahren war am Schlusse des Berichtsjahrs noch nicht beendet. Auch ein Arzt wird als „sozialer Rufenknecht“ vorgeführt. Er hatte gemäß der oben erwähnten Bekanntmachung die Ermächtigung zur Ausstellung von Zeugnissen für jugendliche Arbeiter; er stellte seine Anschauungen so wenig auf den Boden der Arbeiterschutzbestimmungen, daß diese Ermächtigung wieder zurückgezogen werden mußte. Leider gibt es noch viele solcher sozial rückständiger, nur kapitalistisch gestimmter Ärzte.

Nach dem Berliner Bericht wurden mehrfach von den Aufsichtsbeamten nicht angemessene Beschäftigung jugendlicher Arbeiter angetroffen und abgestellt, so in einem großen Elektrizitätswerk die Tätigkeit in einer noch mangelhaft eingerichteten Metallbrenne, in zwei anderen Betrieben der Transport schwerer Gegenstände. Bemerkenswert ist hier auch noch die Feststellung, daß zwar in der Metall- und Maschinenindustrie (Berlins) eine nennenswerte Zunahme der jugendlichen Arbeiter zu verzeichnen war und zwar infolge des Streiks und der Aussperrung der Gürtler, Drucker u. s. w., die die Einstellung solcher begünstigt hat. Da es sich bei den jugendlichen Arbeitern ausschließlich um die Söhne von Arbeitern handelt, ist diese Erscheinung sehr bedenklich und bedauerlich. Es scheuten sich also Arbeiter nicht, ihre jugendlichen Söhne zu Streikbrechern werden und sie ihren freilebenden Brüdern in den Rücken fallen zu lassen. Wieder ein Beweis, wie bringend notwendig die allgütliche Agitation und Aufklärung unter der rückständigen indifferenten Arbeiterschaft und die fortwährende Ausdehnung unserer Organisation, die Stärkung und Bervollkommnung der organisierten Arbeiterarmee ist. (Schluß folgt.)

Fleischverteilung.

Die Wirkungen des mit Verfassungs- und Geschäftsordnungsbruch durchgedrückten Zolltarifs machen sich, noch bevor er in Kraft getreten ist, in wahrhaft bedrückender Weise geltend. Die gegenwärtig herrschende Teuerung aller Lebensmittel, besonders des Fleisches, hat eine ungewöhnliche Höhe erreicht. Es ist gewiß zuzugeben, daß die Zollschußgesetzgebung an diesem abnormen Zustand nicht allein die Schuld trägt, sondern daß die letztjährige schlechte Futterernte wesentlich mit dazu beigetragen hat, die Vieh- und

Fleischpreise in die Höhe zu treiben. Durch diese wurden die Viehzüchter gezwungen, ihren Viehbestand einzuschränken, und die Folge ist ein allgemeiner Mangel an Schlachtvieh. In welchem Maße durch die Futternot die Schlachtungen zugenommen haben, ergibt sich daraus, daß nach dem Ausweis der Schlachtvieh- und Fleischbeschau im vierten Quartal 1904 in Deutschland circa 21000 Stück Rindvieh und 892000 Schweine mehr geschlachtet worden sind als im dritten Quartal. Durch diese Dezimierung des Viehbestandes hat später der Antrieß von Schlachtvieh mehr und mehr nachgelassen, und da von der Menge und Güte des vorhandenen Schlachtviehes selbstverständlich der Preis des Fleisches abhängig ist, machte sich ein allgemeines Anziehen der Preise bemerkbar. Ein zahlenmäßiges Bild über das Steigen der Fleischpreise gibt folgende amtliche Zusammenstellung.

Es betrug pro Doppelzentner der Preis in Mark für Juni:

	1904			
	1903	1904	1904	1905
Berlin:				
Ochsen	118,00	127,50	126,00	138,25
Schweine	111,75	92,50	94,25	125,50
Rälber	118,50	128,00	138,00	146,50
Lammel	125,00	132,00	128,00	141,50
Hamburg:				
Ochsen	124,50	129,00	138,50	130,80
Schweine	118,70	97,74	100,50	128,10
Rälber	144,88	150,90	158,14	157,26
Lammel	116,40	132,80	127,76	129,90
München:				
Ochsen	129,25	135,00	140,00	145,20
Schweine	129,00	103,00	104,75	135,20
Rälber	98,75	96,50	99,75	106,20
Lammel	88,00	86,75	85,50	89,20

Diese Preise sind, besonders für Rindvieh, um 4 bis 6 Prozent höher, wie zur Zeit der höchsten Fleischpreise im Jahre 1903 in den Deutschland benachbarten Ländern. Die Preise sind im Vorjahre gestiegen, aber durchaus nicht in dem Maße wie in Deutschland. Ein Vergleich, der vor kurzem im Vorwärts über Durchschnittspreise in Berlin, Kopenhagen und Wien veröffentlicht wurde, ergibt, daß im Jahre 1904 für 100 Kilogramm Schlachtgewicht beste Mastochsen in Kopenhagen 108,60 Mk., in Wien 115,60 Mk. und in Berlin 141,50 Mk. bezahlt wurde. Beste Schweine kosteten pro 100 Kilogramm in Kopenhagen 80 Mk., gegen 82 Mk. in Berlin. Auch in Österreich und Dänemark wirkte der vorjährige heiße Sommer und der dadurch bedingte Futtermangel ähnlich wie in Deutschland. Es müssen also andere Gründe für die Preisdifferenz im In- und Ausland maßgebend sein. Und da es sich hier um festzustellende Tatsachen handelt, ist schon seit Jahren nicht mehr imstande, den durch die Zunahme der Bevölkerung notwendigen Fleischbedarf selbst zu produzieren. Es ist, wenn der Konsum befriedigt werden soll, auf die Einfuhr fremden Viehes angewiesen. Trotz dieser Tatsache ist seit Jahrzehnten auf die Beschränkung der Einfuhr aller Lebensmittel durch die Gesetzgebung hingearbeitet worden. Besonders der Zolltarif bedeutet nahezu die Unterbindung der Einfuhr.

Wegen dieser ungelücklichen Beschränkungen hat es das unerwartete Quantum verstanden, durch ununterbrochenes Geschrei über die Gefahr der Einschleppung von Seuchen durch fremdes Vieh die Regierung zu veranlassen, durch Einschränkung oder Beibehaltung der Grenzsperrung sowie schärfster Kontrollmaßnahmen für ausländisches Vieh und Fleisch, künstlich eine dauernde Fleischnot herbeizuführen. Das heißt der agrarische „Reigen“ blüht, ist klar; wie dies aber auf die Lebenshaltung des Volkes wirkt, zeigt folgendes: Die Soziale Praxis veröffentlichte vor einiger Zeit eine wirtschaftliche Untersuchung von Dr. Ferdinand Goldschmidt über den Fleischkonsum in Deutschland. Goldschmidt geht davon aus, daß der Mensch ein bestimmtes Quantum Eiweiß nur durch Fleischnahrung assimilieren kann, die Pflanzenweiss durch den menschlichen Körper nur in beschränktem Umfang assimiliert wird; dasselbe gilt von den Kohlehydraten. Dr. Goldschmidt kommt zu dem Schlusse, daß in Deutschland ein durchschnittliches Jahresesst von 6 1/2 Kilogramm Eiweiß pro Kopf der Bevölkerung besteht, zu dessen Deckung ein Viehkonsum von 32 1/2 Kilogramm Fleisch pro Kopf nötig wäre, auf welchen heute nur 40 Kilogramm Jahreskonsum entfallen. Dieses Plus vermag die Bevölkerung nicht zu kaufen. führt Goldschmidt aus, „und wie deckt sie den Mangel? Sie deckt ihn gar nicht, sondern setzt das Nahrungsbedürfnis herab bis Alkohol. Die wechselfeulige Abhängigkeit des Fleisches und Fleischkonsums ist durch die französische Statistik festgestellt.“ Da aber in diese Berechnungen die Abhängigkeit der besitzenden Klassen einbezogen sind, denen es jedenfalls nicht einfällt, sich durch Unterkaufen an Fleisch zu leisten, so ist das Verhältnis noch viel trasser und kengerichtet, je nach die vollständige Fleischverteilungspolitik der maßgebenden Preise. Wenn man dagegen vergleicht, wie Dr. Karl Peters in seinem Werke „England und die Engländer“ schildert, daß der durchschnittliche Verbrauch einer aus Mann und Frau mit drei Kindern bestehenden englischen Arbeiterfamilie pro Woche 2 1/2 bis 10 Pfund Fleisch und Speck, nicht über 32 Pfund Brot, 1 1/2 Pfund Butter, 1 1/2 Pfund Käse, 18,80 Pfund Kartoffeln, 2,86 Pfund Reis, 0,59 Pfund Tee, 5 Pfund Zucker, für durchschnittlich 20 Mk. frische, für 1 Mk. Eier u. s. w. besteht, und daß selbst eine ländliche Arbeiterfamilie mindestens 6 Pfund Fleisch und Speck pro Woche verzehrt, wobei Fische zc. nicht eingerechnet sind, so wird ohne weiteres klar, unter welchen ungünstigen Bedingungen der deutsche Arbeiter zu leben gezwungen ist. Das Wichtigste aber ist, daß der deutsche Arbeiter bei bedeutend niedrigeren Löhnen viel höhere Preise für fast alle Lebensbedürfnisse bezahlen muß — und dies gilt besonders für Fleisch — als der englische Arbeiter. Nach Dr. Karl Peters bezahlt der englische Arbeiter pro englisches Pfund, gleich 64 Gramm, etwa folgenden Geldbetrag:

Gammelfleisch (australisches)	0,20 Mk.
Rindfleisch (argentinisches)	0,58
Speck	0,50
Zee	1,50
Brot	0,08
Rohmehl	0,10
Kartoffeln	0,08
Schmalz	0,17

Alle diese Waren sind garantiert gesund. Besonders billig sind Milch und Milchpulver. Einen Einblick in die Lebensweise des amerikanischen Arbeiters hat Regierungsrat Kolb gegeben in seiner Schrift: „Als Arbeiter in Amerika“. In derselben sind verschiedene Angaben enthalten über Preise, wie sie in den gewerblichen Zentren Amerikas Arbeiterfrauen im Kleinhandel bezahlen, dagegen gestellt sind Berliner Detailpreise. Danach kostet das metrische Pfund, gleich 500 Grammen:

		amerikanischer	Berliner
		Detailpreis in Markt	
Rindfleisch:			
Suppenfleisch	0,14 bis 0,19	0,50	
Schmorbraten	0,28 = 0,42	0,60 bis 0,05	
Roastbeef	0,47 = 0,56	0,65 = 0,70	
Schweinefleisch:			
Rippe	0,87 = 0,47	0,70 = 0,70	
Schinken, roh	0,28 = 0,56	1,20 = 1,80	
Rahmfleisch	0,47 = 0,65	0,60 = 0,70	
Gammelfleisch	0,47 = 0,65	0,80 = 0,70	
Guhn	0,38 = 0,51	0,80 = 1,00	
Butter	0,98 = 1,40	1,10 = 1,20	
Käse	0,70	0,30 = 0,45	
Kaffee, geröstet	1,68	0,90 = 1,20	

Es kosteten ferner:

1 Gase, großer	1,47	2,50 = 3,80
2 Pfund Weizenbrot	0,23	0,30 = 0,35
1 Liter Milch	0,18	0,18 = 0,15
1 Dugend Eier, je nach Jahreszeit	0,88 bis 1,68	0,50 = 0,65
1 Zentner Kartoffeln	2,50 = 3,00	2,50 = 3,00

Diese Zusammenstellung beweist schlagend die kolossalen Preisdifferenzen, die zwischen Amerika und Berlin vorhanden sind. Fast sämtliche Fleischwaren sind in Berlin bedeutend teurer, teilweise um das Doppelte, bei rohem Schinken sogar um fast das Dreifache wie in Amerika. Dabei darf nicht übersehen werden, daß diese Zahlen von einem, jedenfalls auch in Regierungskreisen einmündigen Zeugen gesammelt sind, der nicht im Geringsten nach der Verheerung treibt. Wenn solche Zahlen aufreißend wirken, so ist das jedenfalls nicht der Wille oder die Schuld des Regierungsrats Kolb, sondern es tragen jene Leute die Schuld, die an der Ausweitung des Volkess mitgewirkt haben. Da es jedoch, um einen Maßstab für die Höhe der Lebenshaltung zu gewinnen, neben den Preisen für Lebensmittel, auch auf die Lohnhöhe wesentlich ankommt, geben folgende Zahlen, die einem Artikel der Nr. 14 der Deutschen Wirtschafts-Zeitung entnommen sind, am besten Auskunft über die Höhe der Löhne in den Vereinigten Staaten und in den wichtigsten Industriefaekten Europas. Für die Lohnhöhe ist aber auch die Arbeitszeit mitbestimmend und sind deswegen auch Lohnhöhe und Arbeitszeit vergleichsweise zusammengestellt:

Staat	Ber. Staaten von Amerika	Großbritannien	Deutschland		Frankreich		Belgien	
			Lohnhöhe	Arbeitszeit	Lohnhöhe	Arbeitszeit	Lohnhöhe	Arbeitszeit
Großschmiede	100/100/59,0	94,9/41,9	106,9/55,2	106,4	—	—	—	
Reifenmacher	100/100/80,4	95,4/39,4	106,7/51,1	109,4	26,4	106,7	—	
Seiffengießer	100/100/58,9	94,5	105,6/22,8	105,6	—	—	—	
Elektromech.	100/100/45,8	100,5/25,9	115,9/33,9	110,4	17,7	122,7	—	
Maschinenbau	100/100/82,0	95,6/48,4	106,9/49,0	109,5	—	—	—	
Schiffbau	100/100/40,2	104,4/51,6	102,5/29,2	120,5	21,4	108,4	—	
Bildhauer	100/100/47,2	103,1/27,9	111,0/34,3	123,9	16,2	188,6	—	
Zimmerer	100/100/56,4	101,4/36,2	111,8/43,0	121,3	19,9	180,9	—	
Steinmetze	100/100/45,4	101,3/29,9	114,0/31,6	133,2	19,5	126,2	—	
Einreicher	100/100/61,4	104,8/41,8	116,4/11,5	136,4	12,7	135,0	—	
Maurer	100/100/37,7	106,4/24,8	118,1/24,2	131,7	15,4	129,6	—	
Wörterträger	100/100/43,7	108,0/29,7	124,0/33,7	133,2	—	—	—	
Gewöhnl. Arbeiter	100/100/30,8	93,1/47,6	99,9/57,6	106,4	32,9	117,7	—	

Für diese Tabelle sind die Daten des Jahres 1903 zugrunde gelegt und für die Vereinigten Staaten als Normallohn für Lohnhöhe und Arbeitszeit die Zahl 100 eingestellt. Es ist dies so zu verstehen, daß, wenn beispielsweise ein Schriftföher in Amerika 100 Pf. verdient, derselbe in Großbritannien 40,2 Pf., in Deutschland 31,8 Pf., in Frankreich 29,2 Pf. und in Belgien 21,4 Pf. Verdienst für die gleiche Zeit erhalten würde. Dagegen würde der nämliche Schriftföher, für den in einem gewissen Zeitraum die Arbeitszeit 100 Stunden in den Vereinigten Staaten beträgt, in derselben Zeit in Großbritannien 104,4, in Deutschland 102,5, in Frankreich 120,5 und in Belgien 108,4 Stunden arbeiten müssen. Um diese Zahlen zu gewinnen, hat das Bureau of Labor seit 10 Jahren Erhebungen gepflogen in den in Betracht kommenden Staaten und kommen dieselben der Wirklichkeit ziemlich nahe. Dazu beizutragen die Deutsche Wirtschaft-Zeitung:

Was zunächst die Lohnhöhe anlangt, so kommt Deutschland nicht ein einziges Mal auf die Höhe des amerikanischen Lohnes, sondern bleibt stets unter dieser; nahe an die Hälfte des amerikanischen Lohnes heran erhebt sich der deutsche Lohn nur bei den gewöhnlichen Arbeitern und den Maschinenbauern, um zwei Fünftel bewegt er sich jedoch bei den Großschmiedern und bei den Reifenmachern, um ein Drittel bei den Zimmerern, den Schriftföhern, den Wörterträgern, den Anstreichern und den Steinmetzen und endlich nur um ein Viertel bei den Maurern, Seiffengießern und Bildhauern. Nicht nur daraus ergibt sich, daß nach der vorgenannten Vergleichstellung sich die Lohnhöhe in Deutschland nur auf etwa ein Drittel der in den Vereinigten Staaten stellen. Wir haben es also mit einem an und für sich sehr erheblichen Unterschied zu tun, selbst wenn man annimmt, daß die deutschen Lohnsätze, weil nur aus einigen Gewerbezweigen gezogen, zu niedrig dem allgemeinen Durchschnitt gegenüber gegriffen sind.

Das, was hier über die Lohnhöhe gesagt ist, gilt auch von der Arbeitszeit mit einer einzigen Ausnahme. Sapper bei den gewöhnlichen Arbeitern ist die Arbeitszeit bei allen angeführten Arbeiterkategorien in Deutschland länger als in den Vereinigten Staaten. Es ist hier eben wieder der alte Spruch bewiesen: Kurze Arbeitszeit, hohe Löhne. Neben hohen Verdiensten in den Vereinigten Staaten und teilweise auch in England, bedeutet billigere Lebenshaltungskosten, besonders aber niedrigere Fleischpreise. Daß dieser Unterschied in hohen Maße in der Lebenshaltung der Arbeiter zum Ausdruck kommt, liegt auf der Hand. Während die regelmäßige und hauptsächlichste Ernähung des amerikanischen Arbeiters aus Fleisch besteht, muß der deutsche zu allen möglichen Ersatzstoffen, vorwiegend zu Kartoffeln greifen. Die Degeneration weiterer Volksschichten ist die Folge. Und alles nur deshalb, um ein paar tausend Mark Gewinns zu erzielen und Justen die Löhne zu fällen. Bei der geringeren Forderung der Arbeiter setzen aber die Schmarotzer-

blätter vom Schlage der Arbeitgeber-Zeitung über die Begehrlichkeit der Arbeiter in unverschämtester Weise, und gerne möchte man jede freiwillige Regelung mit dem Polizeimittel niederzuschlagen. Ein großer Teil der Arbeiter — trotzdem sie es sind, die hauptsächlich unter diesem Raubbau an der Arbeitskraft des Volkes zu leiden haben — stehen teilnahmslos beiseite, wenn ihre bedenkenden Arbeitsbrüder ihren Anteil an den Kulturwerten fordern. Gar oft schon wurde diesen zugerufen: „Organisiert euch!“ Sie sind jedoch in der Gleichgültigkeit verharrt: Und doch ist es nur durch die Organisation möglich, andere Zustände zu schaffen, jedem seinen ihm gebührenden Anteil am Lebensgenuss zu sichern. Wenn etwas erreicht werden soll, wenn nicht die geringe Lohnhöhe, die nach hartem Ringen dem Unternehmertum abgetrotzt wird, in den unergründlichen Rachen der Brot- und Fleischwucherer verschwinden und die Lebenshaltung der Arbeiter verschlechtert werden soll, bedarf es des Zusammenwirkens aller Kräfte. Erst wenn jeder seinen Teil dazu beiträgt, mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation kurze Arbeitszeit, höhere Löhne und günstigere Arbeitsbedingungen zu erringen, werden die unheilvollen Wirkungen der jungerlichen Sozialpolitik gemildert werden können. Jeder Arbeiter hat aber auch die heilige Pflicht, durch Betätigung in der politischen Organisation für eine andere Zusammensetzung der gesetzgebenden Körperschaft zu wirken, damit nicht auch in Zukunft wieder die sauer verdienten Groschen der Arbeiter ein Deuteobjekt der Lebensmittelmucherer aller Grade werden.

Das Prämienlohnsystem.

(Schluß.)

Ich hatte ursprünglich die Absicht, meiner Resolution noch einen zweiten Teil anzuhängen, den man als den „praktischen Teil“ hätte bezeichnen können und darin sollten bestimmte Forderungen formuliert sein, unter denen man das Prämienlohnsystem zulassen könnte. Da aber die Verhältnisse, unter denen das Prämienlohnsystem eingeführt werden kann, gar zu verschieden sind, erscheint es doch bedenklich, diese Bedingungen gleich mit in der Resolution festzulegen, da sie unter Umständen den Verhandlungsinstanzen in einer Weise die Hände binden würden, die zum Schaden der Arbeiterchaft ausfallen muß. Auch dürften die Voraussetzungen zu diesen Bedingungen nicht allenthalben vorhanden sein. Aber nichtsdestoweniger halte ich es für angebracht, meine Ansichten darüber zu äußern.

Ich will gleich von vornherein bemerken, daß mir von verschiedenen Kollegen, die ich mit meinen Ansichten darüber bekannt gemacht habe, gesagt wurde: Ja, wenn wir alles das durchsetzen können, dann können wir auch durchsetzen, daß das Prämienlohnsystem überhaupt nicht zur Anwendung kommt. Das stimmt. Die Forderungen sämtlich durchzusetzen, wird wohl kaum in irgend welchem höheren Maß gelingen. Es wird aber doch wohl das eine oder andere durchzusetzen sein, in dem einen Betrieb dies, in dem anderen das. Ich beabsichtige weiter nichts, als einige Fingerzeige zu geben, worauf bei Abschluß von einem Kollektivarbeitsvertrag nach dem Prämienlohnsystem das Hauptaugenmerk zu richten ist. Die Mehrzahl der Forderungen bedarf kaum einer weiteren Begründung. Ich fordere zunächst weitestgehende Verkürzung der Arbeitszeit, mindestens Einführung des Achtstundentags; zweitens Erhöhung der übrigen Zeitzölne um mindestens 25 Prozent, unter allen Umständen jedoch auf mindestens 5 Mk. pro Tag. Für sich allein betrachtet, hat diese Forderung nichts mit dem Prämienlohnsystem zu tun, sie muß aber unbedingt mit erhoben werden, wenn es sich um die Einführung des Prämienlohnsystems handelt. Drittens fordere ich den Wegfall aller komplizierten Lohnklassensysteme. Natürlich kann es sich bei Durchführung dieser Forderung nicht darum handeln, die höheren Lohnklassen wegzulassen, sondern die niedrigeren. Als vierte Forderung habe ich aufgestellt: Der Zeitlohn ist in allen Fällen und für jeden einzelnen Arbeitsvertrag zu garantieren. Überschreibungen von Arbeitsstunden von einem Arbeitsvertrag auf den anderen sind unzulässig. Fünftens: die Zuschläge für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sind stets etwa zu bezahlen. So gerechtfertigt diese Forderung ist, ist sie doch in einer großen Anzahl von Betrieben nicht durchzuführen. Sechstens: wenn die Grundzeit oder der Grundpreis für eine Arbeit einmal festgesetzt ist, so darf keine Reduzierung eintreten. Ausnahmen sind nur dann zulässig, wenn die Arbeitsmethoden oder die Arbeitsmittel verbessert werden. Das ist eine Konzeption, die man wohl nicht gut umsetzen kann. Siebentes: Die Grundzeit ist mit den beteiligten Arbeitern stets vor Beginn der Arbeit schriftlich zu vereinbaren. Straftatigkeiten, die hierbei zwischen Unternehmern und Arbeitern entstehen, sind durch einen Arbeiterausschuß oder durch eine von der Arbeiterchaft zu wählenden Kommission in Verbindung mit dem Unternehmer oder dessen Vertreter zu schlichten. Ist hierdurch keine Einigung zu erzielen, so sind die maßgebenden Verhandlungsinstanzen mit heranzuziehen. Dazu kommt noch eines. Es handelt sich darum, daß es vielleicht dazu kommen könnte, das System abzuschaffen. Es kann vorkommen, daß sowohl Unternehmer wie Arbeiter ein Interesse daran haben, das Prämienlohnsystem los zu werden. Da halte ich es für das Beste, wenn man dies von einer Abstimmung unter der beteiligten Arbeiterchaft selbst abhängig macht. Wännen Sie einen besseren Vorschlag, so bin ich gerne bereit, ihn zu akzeptieren.

Ich bin am Schluß. Es ist noch manches ungefragt geblieben, was vielleicht noch hätte bemerkt werden müssen. Das eine aber werden wir schon jetzt als unumhüllig annehmen, nämlich, daß unsere Organisation alle Ursache hat, die schärfste Aufmerksamkeit diesem System zuzuwenden. Gerade in der Metallindustrie droht uns diese Gefahr am allermeisten. Das System ist zwar bisher in recht geringem Umfang eingeführt, aber nichtsdestoweniger besteht nach wie vor die Gefahr seiner Einführung und das muß unheilvolle Folgen für die Arbeiterchaft haben, wenn wir nicht auf dem Posten sind. (Verhörter Beifall.)

Direktor Hahn-Jena: Meine Herren! Ich danke Ihnen zunächst für die lebenswichtige Bereitwilligkeit, mit der Sie mir durch Übertragung des Korrespondenz Gelegenheiten gegeben haben, als Diktator auf Ihren Verbandstag das Wort zu ergreifen. Ein Korrespondent über ein derartiges vielmehrthätiges Thema ist schon eine bedenkliche Sache, deshalb, weil man in voraus nicht wissen kann, wie weit der Referent das Thema erschöpfen wird, ehe man selbst zum Wort kommt. Will man also Wiederholungen vermeiden, so ist man gezwungen, von einer logisch aufgebauten Disposition von vornherein abzugehen und das Thema des Referenten selbst als Ausgangspunkt für seine Ausführungen zu nehmen. Ich muß Sie darauf aufmerksam machen, damit Sie nicht zu sehr entlassen werden, wenn Sie gegenüber diesen vorzüglich aufgebauten, logisch durchgeführten Ausführungen meines Vortragenden das bei mir vielleicht vermischen. Ich muß mich, da ich zum größten Teile mit den Ausführungen des Herrn Oetzel einverstanden bin, darauf beschränken, kurz zu referieren und vielmehr die Punkte herauszupropägen, die vor einem andern Standpunkt aus betrachtet, in eine andere Richtung gerückt werden können, und besonders, wenn es sich um Konzeptionen handelt, die Voraussetzungen dazu unter die Lupe kritischer Prüfung zu nehmen. Eine weitere Schwermütigkeit besteht für mich darin, daß ich es jetzt nicht mehr mit einem unabhingenen Vortrags zu tun habe, sondern mit einem solchen, der von den vorzesslichen Ausführungen meines Vortragenden wohl nicht ganz unabhingend geblieben ist. Ich habe also mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, ich vertraue aber auf die gerade in diesen Kreisen vorwiegend unparteiliche und Sachverständige, daß Sie sich entschließen werden, Ihrem Urteil mehr als vielleicht einem vorgefassten Urteil zu folgen.

Ich kann es Ihnen leider nicht erproben, auch ein ganz klein wenig Theorie zu bringen, ich will mich aber bemühen, diese große Angelegenheit so kurz wie möglich zu fassen. Es ist immer die Rede von den vier Lohnsystemen: Zeitlohn, Akkordlohn, Gewinnbeteiligung und Prämienlohn. Da möchte ich die Gewinnbeteiligung von vornherein ausschalten. Abgesehen von gewerkschaftlichen Betrieben ist die Gewinnbeteiligung niemals eine Lohnform, denn es wird sich auf Grund der Gewinnbeteiligung niemals ein Arbeitsverhältnis

begründend lassen. Wenn uns nur drei Lohnsysteme bleiben, so möchte ich gleich sagen, es gibt in Wirklichkeit nur zwei, Zeitlohn und Werklohn, und das sogenannte Prämienlohnsystem verschwindet, es gehört teils zu dem einen, teils zu dem andern. Über das Prämienlohnsystem als Einheit zu reden ist deshalb ein Widerspruch in sich selbst. So groß der Unterschied zwischen dem einen Prämienlohn und dem andern. Alle Systeme, die nach dem Vorgang des Hainzschens Systems aufgebaut sind, gehören zum Werklohn, und alle Prämienlohnsysteme, die nach dem Vorgang des Romanischen Systems aufgebaut sind, gehören zum Zeitlohn. Zeitlohn heißt Bezahlung nach der Zeit mit mehr oder weniger Rücksicht auf die Arbeitsleistung, und Werklohn heißt Bezahlung nach dem geleisteten Arbeitsstoff mit mehr oder weniger Berücksichtigung der Zeit. Diese beiden Hauptgruppen kann man je in zwei Unterabteilungen teilen: das eine ist der nackte Zeitlohn, da ist die Leistung gar nicht berücksichtigt, oder aber Bezahlung nach der Zeit mit Berücksichtigung der geleisteten Arbeit. Das sind die Systeme, die nach dem Vorgang des Romanischen Systems aufgebaut sind. Den Werklohn teile ich dementsprechend auch in zwei Gruppen: 1. Bezahlung nach dem geleisteten Arbeitsstoff ohne Berücksichtigung der darauf verwendeten Zeit, das ist der nackte Akkordlohn und 2. mit Berücksichtigung der Zeit, das sind alle Systeme, die nach dem Vorgang des Hainzschens Systems aufgebaut sind. Man kann nun nicht ohne weiteres sagen, das eine System ist besser als das andere. Kein System ist an sich gut oder schlecht. Geeignet oder weniger geeignet wird es erst durch die Verhältnisse, unter denen es zur Anwendung kommt. So ist das Zeitlohnsystem in allen den Fällen direkt notwendig, bei denen es sich um gefährliche Arbeiten handelt, bei denen man jede Haft, jede Überleistung vermeiden will, es ist unvermeidlich, wo die Arbeitsleistung größtenteils nur in der persönlichen Anwesenheit des Arbeiters an der Arbeitsstelle besteht, oder bei Versuchen, wo es nur darauf ankommt, eine bestimmte Arbeitstätigkeit auszuführen, aber kein Wert auf ein fertig gestelltes Stück gelegt zu werden braucht. Das Akkordsystem ist bei richtig bemessenem Akkordlohn einfach eine ideale Form zu nennen, so sehr auch theoretische Bedenken dagegen geltend gemacht werden. Es wird da, wenn der Akkordlohn richtig bemessen ist, sich in seiner Wirksamkeit einem Zeitlohn mit erhöhtem Verdienst nähern.

Nedner geht sodann zur Erläuterung des von ihm der Generalversammlung vorgelegten Diagramms über die Wirkung der verschiedenen Lohnsysteme über. Er kommt zu dem Schluß, daß theoretisch das reine Akkordsystem allen anderen Systemen überlegen ist, vorausgesetzt, daß sich der Akkordlohn richtig berechnen läßt. Das ist aber nicht der Fall und deswegen kommt das Akkordsystem nur an die festgesetzte Verdienstgrenze. Ich habe in einer langjährigen Praxis mir verschiedene Fälle angesehen. Wie unter den jetzigen Verhältnissen dem Arbeiter selbst beim besten Willen die Möglichkeit genommen ist, seine Fähigkeiten richtig einzuschätzen, ist mir an einem Beispiel bei einem Staatsbetrieb besonders klar geworden. Es war durch veränderte Dispositionen notwendig geworden, die Reparaturarbeiten einzuschränken und man stand vor der Notwendigkeit, mit einem Male eine größere Anzahl Tischler zu entlassen. Man steht in diesen Staatsbetrieben nicht auf dem einseitigen Standpunkt, dem mit Recht perhorresziert wird, daß man die Leute einfach auf die Straße setzt, man gibt sich wenigstens Mühe, sie zu halten. Man kam auf den Gedanken: wie wäre es, wenn der Betrieb sich an Submissionen beteiligte. Da war im Artilleriedepot die Aufstellung von Geschosstacken ausgeschrieben, das Depot konnte die Arbeit nur dann übertragen, wenn sie zu demselben Preis übernommen wurde, den die Mindestofferte ausmachte. Sie kennen die Resultate der Submissionen. Hier sah also da keine Hoffnung. Diese Tischler nun, denen die Entlassung drohte, die also ohne Scheu ihre Meinung sagten, stellten als Mindestpreis für einen Geschosstacken 7,50 Mk. fest, und kein Mensch wagtete daran, daß die Leute die Kräfte nicht billiger stellen konnten. Als sie schließlich wegen der drohenden Entlassungsgefahr gezwungen waren, die Arbeit zu dem billigsten Preis zu übernehmen, da verdienten sie bei 3,20 Mk. noch 46 Prozent überverdient. Ebenso sprachlos wie wir waren die Tischler selbst, sie hatten nach bestem Wissen abgeschätzt, aber die Abschätzungsfähigkeit war ihnen durch die lange Akkordarbeit genommen. Es war ja selbstverständlich jedem klar, daß eine derartige forcierte Arbeit, wie sie hier unter dem Druck der Verhältnisse ausgeführt worden ist, auf die Dauer unmöglich wäre. Noch ein anderes Beispiel. Auf der Werkstätte Danzig hatte man einen Versuch mit der Tarifierung von Akkord gemacht, allerdings, wie ich sage, eine etwas einseitige Tarifierung, indem die Tarife von der Verwaltung festgesetzt wurden. Es war aber die eine wertvolle Bestimmung darin, die bisher feststehende Höchstverdienstgrenze von 60 Prozent sollte wegfallen und es sollte den Betreffenden überlassen bleiben zu arbeiten, wie sie es für richtig hielten. Man stellte sich folgendes heraus: Im Jahre 1901, noch unter der Herrschaft der alten 60 Prozentgrenze, kostete der Bau des Unterstüßes eines kleinen Kreuzers pro Tonne 327 Mk., im Jahre 1903 unter Fortfall der Grenze 164 Mk., und die Verdienste waren um 10 Prozent gestiegen. Hat man nun in Rücksicht auf diese Tatsachen den theoretisch höheren Wert des Akkordsystems auf seinen wirklichen Wert zurückgeschraubt, dann fallen die Mischlinge und Unbestimmten, die mit dem Akkordsystem verbunden sind, um so schwerer ins Gewicht. Es kommt hinzu, daß für ein großes Arbeitsgebiet das Akkordsystem überhaupt ungeeignet ist. Das sind alle Reparaturarbeiten; überhaupt alle die Arbeiten, in denen die Arbeit nicht abzuschätzen ist. Also Zeitlohn für Arbeiter, bei denen Rücksicht auf die geleistete Zeitemenge nicht genommen zu werden braucht, Akkordlohn für Arbeiter, bei denen sich eine Abschätzung der Zeit ermöglichen läßt, aber Aushilfe für solche Arbeiter, bei denen beide Voraussetzungen nicht zutreffen. Wenn nun diese Aushilfe die guten Eigenschaften des einen Systems mit den guten Eigenschaften des andern Systems vereinigt, um so besser. Es gibt da die verschiedenartigsten Versuche. Sie haben aus der Schilderung meines Vortragenden gehört, was für Versuche gemacht wurden, allerdings Versuche, die die Lebensgefahr haben, nur dem Unternehmer einen größeren Verdienst zuzuführen. Fast alle diese Systeme sind mangelhaft, ich bin der Letzte, der sie verteidigen möchte, aber ein System hebt sich doch vornehmlich heraus, und das dürfte den meisten Herren doch wohl unbekannt sein. Es ist ein System, das nach langen Nachdenken und nach langer theoretischer Erwägung zuerst auf der Werkstätte Wilhelmshaven in einem kleinen Betrieb erprobt und das nach dem Vorgang des Romanischen Systems ausgebildet ist. Hier ist der Versuch gemacht, die Härten, die mit dem Romanischen System verbunden sind, zu beseitigen. Sie erinnern sich, daß die Formel für das Akkordsystem lautet: Bezahl wird nicht nur der Lohn für die gearbeitete Zeit, sondern auch für die erparte. Für das Romanische System lautet die Formel: Bezahl wird der Lohn für die gearbeitete Zeit und dieser Lohn wird um so viel Prozent erhöht, als an Zeit erpart ist. Das bedeutet also zunächst eine Verschlechterung gegenüber dem Akkordsystem. Das Diagramm zeigt Ihnen dies. Das von Kapitän Stromeyer erprobte, abgeänderte Romanische System vermeidet aber diese Verschlechterung. Ich will Sie nicht mit mathematischen Berechnungen ermüden, es geht aber auf den angeführten Formeln hervor, daß die erste Bedingung bei Einführung dieses Systems die ist, daß unter allen Umständen hergestellt werden muß, daß es in seiner Wirksamkeit keine Schädigung des Arbeiters bei gleicher Arbeitsleistung zuläßt, und das ist in der gewöhnlichen Art möglich. Sie sehen auf der Kurve in meinem Diagramm ein kleines Kreuz. Dies Kreuz ist ungefähr der Durchschnittspunkt, durch das man verschiedene gerade Linien legen könnte. Durch das Kreuz kann die Verdienstmöglichkeit vorher genau fixiert und kein Mensch braucht dann nachher eine Herabsetzung der Akkordsätze zu befürchten. Was die englischen Erfahrungen anbelangt — ich würde mich freuen, wenn Hr. Barnes, der hier zugegen ist, mir noch genauere Aufklärungen geben würde — so habe ich bisher nur gehört, daß man in England im allgemeinen vom Zeitlohnsystem übergegangen ist zum Romanischen System. Da wird natürlich immer eine Erhöhung des Lohnes eingetreten sein, aber ich glaube das nicht, ich kann mir nicht denken, daß die englische Industrie Akkordarbeit bis dato nicht gehabt haben sollte. Es ist natürlich sehr leicht in den Berichten zu sagen, der Unternehmer hat einen immensen Vorteil davon gehabt. Selbstverständlich. Wenn nicht bei gleicher Arbeitsleistung auch der gleiche Verdienst garantiert wird, dann wird das

Prämienlohn immer schlechter sein als das Akkordsystem. Es ist hier der Grundjah festgehalten, daß der gleiche Verdienst bei dem neuen System garantiert werden muß, und nun war es nicht mehr nötig, diese Höchstgrenze innezuhalten. Warum hat man denn früher beim Akkordsystem mit der Leistungsfähigkeit zurückgehalten? Erstens, um eine Minderung des Akkordlohn zu vermeiden, die unfehlbar befristet werden mußte, wenn der Durchschnittsverdienst zu hoch wurde, und zweitens um eine gesundheitschädliche Überanstrengung zu vermeiden. Beides ist hier nicht zu befürchten. Je mehr der Arbeiter in diesem System verdient, desto mehr sinken die Kosten des Werkes, und wenn der Arbeiter wirklich so fröhlich sein sollte, bei dieser Höchstverdienstgrenze seine Kräfte zu sehr anzustrengen, dann ist ihm nicht zu helfen. Einen gefährlichen Anreiz übt das veränderte Akkordsystem nicht aus, wenigstens nicht mehr als das veränderte Akkordsystem, das diese Voraussetzung erfüllt, daß zunächst der alte Verdienst garantiert wird, nur einen Vorteil. Aber ein weiterer Vorteil kommt hinzu, den ich am besten an der Hand eines praktischen Beispiels darlegen möchte. Früher hatten wir auf der Werkst. besondere Schwierigkeit bei Reparaturarbeiten, etwa bei Savarien. Es kam eine Kommission an Bord, die den Umfang festzustellen suchte, dann vergingen Tage darüber und schließlich waren Irrtümer doch noch denkbar. Nun denken Sie sich, es wäre eine Arbeit im Akkordlohn von 400 Mk. vergeben, und der Arbeiter sieht, daß die vermutete große Reparatur gar nicht nötig ist. Es handelt sich vielleicht bei einem Maschinenteil nicht um einen Bruch, sondern nur um einen Oberflächenriß. Was macht er nun? Ginge er zu seinem Werkführer und sagte, mein Akkord ist fertig, so würde ihn der hinausgeschmeißen, er müßte also auf Mittel und Wege finden, um die Arbeit in die Länge zu ziehen. Das fällt nach dem neuen System weg. Es wird nur noch unterschieden zwischen einer großen und einer kleinen Reparatur, und hat man sich so versehen, daß man eine Reparatur, die ganz geringfügig ist, für eine größere angesehen hat, so macht das auch nichts aus. Die verkehrte Einschätzung korrigiert sich von selbst. Also all die unersichtlichen Streitigkeiten bei Festlegung von Akkordlohn werden dadurch vermieden. Das ist der erste Vorzug dieses Systems, das ich Zuschlagslohnssystem nenne. Die Streitigkeiten bei der Vereinbarung über Akkordlohn sind ausgeschaltet, es kommt gar nicht darauf an, daß man eine kleine Reparatur für eine große herausgibt, daß man den Akkordlohn doppelt so hoch angegeben hat. Das System hat das Ansehen eines Akkordlohn, aber es ist in Wirklichkeit ein Zeilohnsystem, der Verdienst erhöht sich nach der Leistung. Das ist ja auch ein viel umfrittener Gesichtspunkt. Wenn Sie mit Recht betonen, für gleiche Leistungen gleichem Verdienst, dann müssen Sie auch sagen, für ungleiche Leistungen ungleichen Verdienst, für höhere Leistungen höheren Verdienst. Das eine zieht das andere nach sich. Es wird in diesem System der Vorzug des Stücklohnsystems mit dem des nackten Zeilohnsystems vereinigt. Das ist der Weg, auf dem das Ziel, das Sie sich gestellt haben, mit der Zeit erreicht werden könnte. Einen Punkt aber möchte ich besonders erwähnen, den einzigen, den ich als Einwand gegen das System bedingt anerkennen könnte. Wenn Arbeiter mit verschiedenen Zeilöhnen an die Sache herangehen, so erhalten sie verschiedenen Verdienst. Diese Behauptung ist ja richtig. Stellt ein Mann mit 3 Mk. Tageslohn einen Akkord zu 40 Mk. in 8 Tagen fertig, so hat er 40 Prozent Ersparnis gemacht, er bekommt 4,20 Mk. Verdienst pro Tag. Stellt dieselbe Arbeit ein Mann mit 4 Mk. Tageslohn her, so hat er 4,80 Mk. verdient. (Zuruf: Und darunter?) Dann hat er entsprechend weniger. Die Schuld liegt doch in erster Linie daran, daß man so verschiedene Zeilohnsätze hat, und da wird mit dem neuen System ein sehr wünschenswerter Erfolg verknüpft sein, nämlich eine Verringerung dieser unendlich vielen Lohnklassen. Viel richtiger ist die Schaffung von wenigen Lohnklassen, vielleicht eine für den Anfang, eine für den Durchschnitt und eine für Höchstleistungen. Das ist schon das, was ich als äußerste Konzession zugeben möchte, das wird vielleicht das Ergebnis sein, wenn dieses System zur Anwendung kommt. Ich schließe das daraus, daß ungekehrt eine Vermehrung der Zeilohnarbeit wohl unzweifelhaft auch eine Vermehrung der Lohnklassen nach sich ziehen wird. Woher kommen die vielen Lohnabstufungen? In erster Linie doch wohl durch das längere Dienstalter und damit verbunden durch das höhere Lebensalter. Wer 20 Jahre in einem Betrieb ist, wird selbstverständlich einen höheren Zeilohn haben, als ein Mann, der eben erst anfängt. (Zuruf: Nicht immer!) Aber meist! Nun kommt eine Zeit, wo die Arbeit nicht mehr so leicht von der Hand geht, wo selbst die erlangte höhere Geschicklichkeit nicht mehr ausreicht, den Ausschlag an Kräften zu erleben. Ist es in solchen Fällen nicht eine sehr wünschenswerte Begleiterscheinung des Systems, daß es den älteren Arbeitern gestattet, mit weniger Anstrengung das gleiche zu verdienen, wie ein jüngerer Arbeiter? Sie werden mir antworten, in den meisten Fällen wird der Unternehmer schon ganz von selbst dafür sorgen, daß der ältere Arbeiter beizzeiten eliminiert wird. (Sehr richtig!) Ich erkenne ohne weiteres an, daß dieser Einwand berechtigt ist, aber ich habe zu viel Optimismus, als daß ich nicht glauben sollte, es wird doch wohl nach und nach von selbst die Zeit kommen, wo der Unternehmer den Arbeiter nicht mehr als Maschine ansieht, die er ausnutzt und nach Benutzung beiseite schiebt. (Widerspruch.) Wer mitten im Kampf steht wie Sie, der wird vielleicht diese Annahme als frommen Glauben verspotten. (Sehr richtig.) Aber ich habe erst vor einigen Tagen gelegentlich einer Konferenz der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtsvereinigungen Gelegenheit gehabt, so viel warme, aus dem Herzen kommende Begeisterung und Empfindung wahrzunehmen, daß es mir nicht mehr zweifelhaft ist, daß das Morgenrot einer sozialen Kultur den noch vorhandenen Nebel einer früheren Periode allmählich doch besiegen wird. (Zuruf: Wir wollen das wünschen!) Beide Forderungen, mögliche Verringerung der Lohnklassen und Beibehaltung des einmal bezogenen festen Zeilohns, werden einmal erfüllt werden. Ich habe in meiner jetzigen Stellung oft Gelegenheiten, Anfragen von auswärtigen Interessenten zu hören, die sich nach unseren Einrichtungen erkundigen, nicht bloß aus Neugierde, so daß es mir nicht mehr zweifelhaft ist, daß das Beispiel, das wir gegeben haben, daß der einmal bewilligte feste Lohn nicht herabgesetzt werden darf, Nachahmung findet.

Ich komme zum Schluß. Ihnen diese mathematischen Grundlagen weiter auszuführen, würde Sie nur ermüden. Ich sehe die Unmöglichkeit ein, alles, was gesagt werden könnte, in so kurzer Zeit darzulegen, aber gerade deshalb möchte ich auf die Notwendigkeit hinweisen, daß Sie sich nicht unter dem Eindruck des Referats oder Konferenzerats veranlaßt fühlen, ohne weiteres einer Resolution zuzustimmen, die diese Frage generell für ein weiteres Jahr festlegt. Ich habe meine Resolution erst heute morgen niedergeschrieben als ich sah, daß eine Resolution von Herrn Quitt Ihnen vorgelegt war, aber es scheint mir unpraktisch, sich jetzt durch einen Beschluß festzulegen. Ich möchte da wieder auf das Beispiel der Marinerverwaltung hinweisen. Nachdem das System dort jetzt über zwei Jahre erprobt ist, wurde noch vom Kommissar der verbündeten Regierungen im Reichstag erklärt, die Versuche in Wilhelmshaven seien noch nicht abgeschlossen, sie sind aber bisher ganz gut verlaufen, und insbesondere haben sich bei einer gegebenen Gelegenheit auch die Arbeiter befreit darüber ausgesprochen. Ein weiteres entnehme ich aus der Denkschrift des Herrn Gottshausen, der in seiner Schrift über das Prämienlohnssystem sagt: „Wir sind nicht prinzipielle Gegner des Prämienlohnsystems, glauben vielmehr, daß es möglich ist, eine Form zu finden, die es den Arbeitern ermöglicht, sich damit abzufinden.“ So spricht ein Mann, der mitten in der Praxis steht. Diese Äußerung sollte uns doch zu denken geben, daß wir nicht hier vom grünen Tisch herab dekretieren: Die Arbeiterchaft darf für das nächste Jahr das Prämienlohnssystem nicht annehmen oder höchstens unter solchen Bedingungen, wie sie Herr Quitt angeführt hat. Als ich die erste Resolution Quitt las, in der diese Bedingungen noch darin standen, sagte ich mir: Ja, wenn das einer liegt vom Unternehmer, der sagt doch, aha, sie sehen ein, daß es ganz gut ist, aber sie wollen bei der Gelegenheit etwas für sich heraus-schinden! Es würde das vielleicht zu einer falschen Auffassung führen. Ich möchte doch zu bedenken geben, ob meine Resolution nicht viel vorsichtiger gefaßt ist. Am liebsten würde ich es sehen, wenn Sie die ganze Frage einer Kommission überweisen würden, in der man das ganze Material in detaillierter Form vorlegen könnte und wenn

Sie diese Kommission beauftragen würden, dem Vorstand einen Bericht zu unterbreiten. Zum Schluß nur das eine Wort aus der alten Tragödie: Nicht mitzugehen, mitzukommen sind wir da! Wir wollen den Frieden und nicht den fortgesetzten Kampf, denn im Kampf verschleiern sich die Ansichten und man schießt da einmal über das Ziel hinaus. (Beifall.)

Cohen-Berlin: Die Ausführungen der beiden Referenten haben mich sehr interessiert. Wenn irgendwo, so stehen sich hier Theorie und Praxis schroff gegenüber. Ich bin grundsätzlich gegen jedes Prämienlohnssystem, weil es von den Arbeitgebern nur deshalb angewendet wird und auch durch den Freiern von Reichswitz zur Anwendung empfohlen ist, um ein größeres Arbeitsquantum bei gleichen Löhnen aus den Arbeitern herauszuschinden. Die Marinebetriebe scheiden dabei aus, weil die ja eine Sonderstellung einnehmen. Die verschiedenen Erfahrungen, die wir mit diesem System in Berlin gemacht haben, zwingen uns, mit aller Schärfe den Versuch, solche Lohnsysteme einzuführen, entgegenzutreten. Ich bin für die Resolution Quitt, wenn der letzte Passus so auszuliegen ist, daß über die Art, wie wir das Prämienlohnssystem bekämpfen, nichts bestimmtes festgelegt wird, aber daß es bekämpft wird, soll unter allen Umständen festgelegt werden. Der Kollege Quitt hat bereits auf einige Vorwommnisse hingewiesen, die wir mit diesem System in Berlin erlebt haben. Es ist bei Ludwig Loewe noch weit schlimmer gewesen als Quitt es erzählte. Das, was Herr Gahn ausgeführt hat, erinnert mich an das System Altmann in Marienfelde, das ich im Jahresbericht für Berlin für 1902 geschildert habe. Da ging es folgendermaßen zu: Angenommen der Lohn des Arbeiters beträgt 50 Pf.; die Zeit, die er auf eine bestimmte Arbeit verwenden kann, wird auf 25 Stunden festgesetzt. Da würde er, falls er die 25 Stunden ausnützt, in dieser Zeit 12,50 Mk. verdienen, wenn er aber die Arbeit in 20 Stunden macht, dann hat er 5 Stunden gleich 20 Prozent gespart und bekommt noch 20 Prozent von der gesparten Lohnsumme; er hat also 2,50 Mk. gespart und bekommt dafür 50 Pf., er verdient Leidenschaften des Arbeiters, wird damit nicht versucht, den Arbeiter anzureizen, daß er den denkbar größten Raubbau mit seiner Arbeitskraft treibt? (Sehr gut.) Darauf spekulieren die Arbeitgeber, und das ist das Leitmotiv der Broschüre des Arbeitgebers, und er sagt da: „Die Arbeiter betrügen den Arbeitgeber, sie haben sich durch den Arbeitsvertrag verpflichtet, ihre ganze Arbeitskraft dem Arbeitgeber zur Verfügung zu stellen. Nun verständigen sie sich gleich den englischen und schottischen Arbeitern und sagen, über ein bestimmtes Arbeitsquantum hinaus leisten wir nicht, wir könnten es wohl, tun es aber nicht, und um dies Quantum Arbeitskraft, das sie weniger leisten als sie können, betrügen sie den Arbeitgeber.“ Ja, wenn derartiges geschieht, so doch ganz gewiß nicht, weil die Arbeiter so faul sind, sondern effizient, weil sie nicht gewillt sind, so wie es jetzt leider der Fall ist, in noch verhältnismäßig jungen Jahren einen Teil ihrer Arbeitskraft einzubüßen, dann aber auch, weil die Arbeitgeber, wo in Akkord gearbeitet wird, ganz bestimmte Normen haben, über die hinaus die Arbeiter nicht verdienen dürfen. Dagegen fortwährenden Abzüge betreiben wollen, so haben sie es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie schließlich die betrogenen Betrüger sind. (Sehr gut.) Ich bin überzeugt, daß kein Arbeitgeber einen Akkord herausgibt, bei dem er nicht vorher schon kalkuliert hat, ob er das bezahlen kann. Die Arbeitgeber sollten sich doch freuen, wenn der Arbeiter viel verdient, denn desto größer ist auch ihr Verdienst, aber damit sind die Arbeitgeber nicht zufrieden. Die Marinebetriebe, überhaupt die Staatsbetriebe, zwingen uns auch, hausähnliche mit unserer Arbeitskraft zuzugehen. (Sehr richtig.) Es ist Ihnen doch bekannt, daß kein Arbeiter, der über 40 Jahre alt ist, in diesen 40 Jahren nicht mehr im Vollbesitz ihrer Arbeitskraft? Wir wollen durch größtmögliche Schonung unserer Arbeitskraft möglichst lange im Vollbesitz derselben bleiben und weil wir wissen, daß das ganze Prämienlohnssystem nichts anderes ist als ein Appell an den trassen Egoismus des Arbeiters, darum unser Widerstand, darum die aller-schärfste Bekämpfung aller dieser Maßnahmen. Ich habe wohl gelesen, daß in England die Maschinenbauer, deren Vertreter wir ja hier als Gast begrüßt haben, sich mit diesem System abgefunden haben, allerdings unter bestimmten Vorbedingungen, wonach ein einmal festgesetzter Lohn und eine einmal festgesetzte Stundenzahl beibehalten werden muß. Ich gebe zu, daß damit dem System ein Giftkorn ausgebrochen ist, aber doch nur ein Giftkorn. Die Berichte aus England zeigen durchaus nicht zur Nachahmung, und was haben wir bei Loewe, was haben wir bei Altmann erlebt? Wenn der Arbeiter, um bei dem Beispiel von vorn zu bleiben, die Arbeit in 20 Stunden gemacht hatte, für die 25 Stunden vorgesehen waren, dann bekam er auf Heller und Pfennig seine Prämie; in 14 Tagen kam dieselbe Arbeit, aber nur wurden nur 20 Stunden dafür angelegt. (Sehr richtig.) Es stand da so, daß Prämien gemacht werden mußten, wer nicht Prämien machte, galt als minderwertiger Arbeiter und flog hinaus, und wer sich besonders lieb und angenehm machen wollte, der machte recht viel Prämien und nach dessen Arbeit wurde dann alles andere berechnet. Bei Altmann sind wir aggressiv gegen dieses System vorgegangen. Ob wir das in Zukunft noch einmal machen, wenn die Verhältnisse ähnlich liegen wie bei Altmann, glaube ich nicht, dann beschränken wir uns auf das Mittel des passiven Widerstandes. Wenn wir stark genug sind, die Arbeit niederzulegen, dann müssen wir auch stark genug sein, um zu verhindern, daß ein organisierter Arbeiter Prämien arbeitet. Das ist ja das Wunderbare, daß der Stundenlohn bei allen diesen Versuchen so mäßig ist, daß schlechtweg unter normalen Verhältnissen ein Berliner Metallarbeiter damit nicht auskommt. Das ist ja auch ein Anreiz, um die Arbeiter zu zwingen, Prämien zu machen. Wer da noch erzählen wollte, daß dies System etwas Ideales in sich birgt, den möchte ich sehen. Ich gebe zu, daß da und dort ein Betrieb sein mag, der wirklich von idealsten Gründen geleitet derartige Versuche unternimmt, aber das sind weiße Raben, nach denen wir uns bei unseren Beschlüssen nicht richten können. (Sehr richtig.) Die Resolution Gahn mutet mich eigentümlich an. Während Herr Gahn im ersten Teil selbst sagt, daß bis jetzt Erlebte hat den Arbeitern keinen Vorteil gebracht, meint er, es könnte aber doch einmal die Zeit kommen, wo das der Fall ist, es könnte doch ein System geben, von dem die Arbeiter Vorteil haben. Glauben Sie, daß unsere Arbeitgeber daran denken, die Vorbedingungen zu erfüllen, die in der Resolution gefordert sind, oder die Vorbedingungen, die Quitt uns vorgebracht hat? Unsern Arbeitgebern gegenüber, unsern Berliner Rühnemännern gegenüber sind diese Forderungen gleichbedeutend mit einer Verwerfung des ganzen Systems, denn wenn wir mit diesen Forderungen kommen, werden wir einfach ausgelacht. Das nutzt mich so an, als wenn wir mit Rücksicht darauf, daß einmal das Morgenrot einer sozialen Kultur leuchten könnte, unser Streitreglement abschaffen würden. (Sehr gut.) Es ist nicht notwendig, daß wir mit Rücksicht auf Dinge, die vielleicht in einem Vierteljahrhundert sich ändern, jetzt Beschlüsse fassen; wir fassen Beschlüsse, die bis zum nächsten Verbandstag reichen, und wenn sich dann die Verhältnisse geändert haben, revidieren wir unsere Beschlüsse. Aber die Überzeugung habe ich, die Herren Rühnemänner, die Herren, die unsere Kollegen in Bagern ausge-sperrt haben, sind in zwei Jahren nicht von trassesten Arbeiterfeinden zu sozialangesehnten Arbeiterfreunden geworden. Wirklich aus ihrem Inneren heraus, in uneigennützigster Weise sozialempfindende Arbeitgeber, abgesehen von wenigen weißen Raben, gibt es nicht. Ich könnte Ihnen Duzende von Namen anführen, die heute überleben von sozialem Empfinden, die vor Jahren noch jeden Versuch der Arbeiter bekämpft haben, und erst als sie sahen, daß sie unserer Macht Konzessionen machen mußten, da entdeckten sie ihr soziales Empfinden, da mit einem Male hatten sie nichts gegen die Organisation der Arbeiter einzubringen. So wird das soziale Empfinden bei den Arbeitgebern geboren. Anders habe ich es nie beurteilen können auf Grund meiner Erfahrungen, die eben so sehr klein doch nicht sind. Das Morgenrot der sozialen Kultur, das Herr Gahn bereits in naher Ferne sieht, wird aufgehen in schöner Pracht, wird immer schärfer und prächtiger werden, je größer und machtvoller unsere Organisation wird. (Sehr richtig.) Die Konzession an die Macht unserer Organisation, das ist das Morgenrot, das ist die Ursache für das immer größer werdende soziale Empfinden einer

ganzen Reihe von Arbeitgebern. Verstören wir unsere Organisation, dann geschlagen wir die Arbeit dieser Jahre und wir werden damit zugleich das soziale Empfinden aller dieser Herren geschlagen. (Sehr richtig.) Darum lassen wir uns von derartigen Dingen doch nicht einschleifern. Ich habe selbst auf der Kaiserlichen Werkst. in Wilhelmshaven gearbeitet und ich weiß, daß die Marinebetriebe eigentlich an dem Konkurrenzlohn nicht teilnehmen, sie können deshalb in keiner Beziehung als Beispiel herangezogen werden. Gegenüber dem, was Herr Gahn uns von der Möglichkeit erzählte, daß alte Arbeiter, die nach und nach ihre Leistungsfähigkeit verlieren, dann durch ein solches Prämienlohnssystem einigermaßen gesichert sind, möchte ich bemerken, daß diese Gefahr allerdings besteht. Aber wir brauchen vor dieser Gefahr nicht auszurücken; wir brauchen ihr keine Konzessionen zu machen, so lange die Betriebe mit ganz geringen Ausnahmen so verfahren wie heute, wie seit Jahren und wie sie ihrer Haltung nach auch noch weiter verfahren werden. Wenn der Arbeiter den Hauptteil seiner Arbeitskraft verbraucht hat, so fliegt er auf die Straße. (Sehr richtig.) Er ist der Sorge überhoben, ob er in dem Betrieb bei seiner verminderten Arbeitskraft noch den bisherigen Verdienst erhalten kann. Ich kenne große Betriebe mit 2000 bis 3000 Arbeitern, die den Kollegen, die 25 Jahre dort tätig sind, Geschenke machen in Gestalt einer goldenen Uhr oder von ein paar Hundert Mark, aber einige Zeit darauf werden sie von ihrer Arbeit fortgenommen und zu untergeordneten Magazinarbeiten verwendet bei einem Lohn von 30 bis 32 Pf. Also das, was Herr Gahn erzählte von der Fürsorge alten Kollegen gegenüber, ist unnötig, weil die Praxis der Arbeitgeber nach einer ganz andern Richtung hin geht, und deshalb muß auch das Moment vollständig ausschneiden. Solange unsere Arbeitgeber die Tendenz der Arbeitgeber-Zeitung verfolgen, solange die Arbeitgeber-Zeitung die Richtung angibt für die Arbeitgeber, solange ein Freiherr von Reichswitz tonangebend ist, solange ein Mend und Bued das große Wort führen, können wir nicht darauf rechnen, zu Verhandlungen mit ihnen zu kommen. Ich muß mich damit im Einverständnis mit den Berliner Kollegen zu befinden (Sehr richtig), daß wir dies System bekämpfen soweit nur irgend unsere Kraft reicht, weil wir darin eine ganz gewaltige Schädigung unserer Kollegen erblicken, weil wir darin nichts anderes sehen als den Versuch, noch mehr als bisher aus den Arbeitern herauszuschinden. Wir sehen darin nichts weiter als den Versuch, entweder zu demselben Preise ein höheres Quantum Arbeitskraft herauszuschinden oder aber das gleiche Quantum Arbeitskraft zu niedrigeren Löhnen. Ich empfehle Ihnen, die Resolution Quitt anzunehmen und den letzten Passus so auszuliegen, wie ich ihn definiert habe. Ich glaube, das allein liegt im Interesse unserer Kollegen und deren Interessen haben wir wahrzunehmen. (Beifall.)

Frühlich-Braunschweig: Ob Zuschlagslohnssystem, Prämienlohnssystem oder wie sonst, ist ganz gleich; das Kind hat bloß einen anderen Namen, um die Arbeiter zu täuschen. Herr Gahn hat wohl auf die Zeit-Werke allein Rücksicht genommen, aber nicht auf unsere heutigen Arbeitgeber im allgemeinen. Der heutige Arbeitgeber, der uns die niedrigsten Preise diktiert, der es gar nicht für nötig hält, den Arbeiter mitbestimmen zu lassen, wird auch nicht zugeben, daß der Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht bei dem Prämienlohnssystem bekommt. Wenn der Arbeitgeber heute für das Prämienlohnssystem ist, so nur, um desto mehr herauszuschinden. Würde das Prämienlohnssystem auf der ganzen Linie eingeführt, so würde der Unternehmer eine größere Reservevermehrung bekommen. Ich habe, als das Prämienlohnssystem bei Ludwig Loewe eingeführt wurde, dort gearbeitet, vorher hatten wir das Akkordsystem, die Akkord waren vortrefflich. Als dann der Betrieb in der Hutenstraße eröffnet wurde, wurde das Zeilohnsystem eingeführt, die Löhne wurden nach den letzten Akkorden berechnet. Ein Jahr später unterbreitete uns die Firma das Prämienlohnssystem, aber nicht etwa in allen Abteilungen, nein, man nahm sich nur ganz bestimmte Leute heraus, von denen man mußte, daß sie das Prämienlohnssystem bis auf äußerste ausnützten. Es steht auch fest, daß verschiedene Unternehmer gar nicht die Leistungsfähigkeit des Arbeiters voll auszunutzen haben wollen; es gibt verschiedene Fabriken, die dem Arbeiter vorschreiben, daß er in Akkord nur so und so viel verdienen darf. Also der Unternehmer hält selbst die Leistungsfähigkeit des Arbeiters zurück und in gewissen Beziehung ist das auch ganz gut. Als das Prämienlohnssystem bei Loewe etwa ein Jahr im Gange war, führte man das Akkordsystem wieder ein und nun war der Akkord bis 60 Prozent gesunken. Die Kollegen, die unter dem Prämienlohnssystem arbeiten, lassen auch jede Schutzvorrichtung gegen Unfälle aus dem Auge. Durch das Prämienlohnssystem wird beim größten Teil der Arbeiter, dank ihrer mangelhaften Schulbildung, die größte Eier erzeugt, sie kennen dann keine Solidarität mehr. Wenn wir etwas mit dem Prämienlohnssystem machen wollen, so müssen wir erst dafür sorgen, daß der Unternehmer uns mitbestimmen läßt, nicht der Unternehmer allein darf festsetzen, zu welchem Preis der Arbeiter arbeiten soll, sondern der Arbeiter muß mitsprechen werden. Wir wissen, daß heute der Unternehmer mit uns nichts vereinbart, und aus diesem Grund bin ich strikte gegen das Prämienlohnssystem. Wer die Antworten des Unternehmers um uns unseren Vorstand verfolgt hat, der wird zugeben, daß es nicht möglich ist, mit solchen Unternehmern etwas zu verabreden. (Sehr richtig.)

Barneß-London führt aus, daß er unerwartet aufgefordert worden sei, an den Beratungen teilzunehmen und seine Beobachtungen mit dem Prämienlohnssystem in England darzulegen. Er müsse es ablehnen, ein Urteil über die Haltung abzugeben, die die Versammlung in dieser Frage einnehmen soll. Dazu halte er sich nicht für berechtigt, er beschränke sich darauf, zu berichten über die Erfahrungen, die seine Gewerkschaften mit diesem System gemacht haben. Anschließend habe sich in Deutschland die Ansicht gebildet, daß die Gewerkschaft der vereinigten Maschinenbauer und die Unternehmer übereingekommen wären, das Prämienlohnssystem in England einzuführen. Das sei nicht der Fall. Im Oktober 1902 fand eine Zusammenkunft des Unternehmersverbandes und der Gewerkschaft der vereinigten Maschinenbauer statt. Die Veranlassung dazu war nicht eine Beratung über das Prämienlohnssystem, sondern es waren Klagen entstanden über die Einführung dieses Systems und besonders gingen diese Klagen dahin, daß der Vertrag, den der Maschinenbauerverein mit den Unternehmern nach Beendigung des großen Streiks geschlossen hatte, von einigen Unternehmern nicht beachtet wurde. Um diese Klagen zu prüfen, hatten sich beide Verbände versammelt und es stellte sich nun heraus, daß 70 bis 80 Fabriken das Prämienlohnssystem eingeführt hatten, ohne der Gewerkschaft der Maschinenbauer davon Mitteilung zu machen. Nun sah sich der Verband vor einem Dilemma, er konnte entweder verlangen, daß das System wieder aufgehoben werde, und dann wäre wahrscheinlich ein allgemeiner Streik die Folge gewesen, oder aber die Gewerkschaft der Maschinenbauer mußte sich mit der Tatsache der Einführung dieses Systems abfinden und bestrebt sein, solche Bedingungen zu formulieren, durch die die Arbeiterchaft möglichst geschützt wurde. Es kam zu sehr eingehenden Verhandlungen, deren Resultat die Aufstellung von vier Bedingungen war, das sogenannte Carlisle-Bedingungen:

1. Es muß der Zeilohn für die Woche oder die Arbeitsstunde garantiert sein und es soll ferner der Arbeiter die Garantie haben, daß ihn, wenn er bei seiner Arbeit eine Prämie gemacht hat, diese auch angerechnet wird gegen einen Verlust bei einer anderen Arbeit.
2. In die zahlreichen Vorschriften über Überstunden bleiben außer acht erhalten auch für die Arbeiter, die nach dem Prämienlohnssystem gemacht werden. Diese Vorschriften sind meist so, daß für die ersten zwei Stunden über die Zeitarbeit das 1 1/2-fache des Lohnes bezahlt wird, darüber das 1 1/2-fache und am Sonntag das Doppelte des Lohnes.
3. Das Prämienlohnssystem darf nicht eingeführt werden als ein Experiment oder um die Leistungsfähigkeit der Arbeiter festzustellen, sei deshalb aufgenommen, weil sich bei zahlreichen Firmen die Tendenz zeigte, das Prämienlohnssystem zu solchen Zwecken zu mißbrauchen. Wo einmal in einer Fabrik dies System eingeführt wäre, sollte es nur unter Zustimmung der Gewerkschaften wieder aufgehoben werden dürfen.
4. Wenn eine Zeitbasis besteht, so darf keine Änderung derselben stattfinden, außer wenn eine Änderung in den Arbeitsmethoden stattgefunden hat, zum Beispiel durch Einführung neuer Maschinen.

Nur wenn diese vier Bedingungen beobachtet werden, sollte die Fortdauer der Arbeit nach dem Prämienlohnssystem gestattet sein. Redner wiederholt, es sei durchaus falsch, zu glauben, daß die Gewerkschaft der Maschinenbauer und der Unternehmerverein sich in Carlisle getroffen hätten, um das Prämienlohnssystem in England einzuführen. Es kam lediglich darauf an, sich aus dem Dilemma herauszufinden und zu verhindern, daß das System zum Schaden der Arbeiter ausläuft. Die Gewerkschaft hat mit dieser Regelung des Prämienlohnsystems im allgemeinen Erfolg gehabt und zwar nach zwei Richtungen hin. Die Zahl der Arbeiter, die nach dem Prämienlohnssystem beschäftigt wurden, ist sehr wenig gewachsen, von Oktober 1902 bis heute sind nur 5 Prozent der zur Gewerkschaft der Maschinenbauer gehörigen Arbeiter unter diesem System neu beschäftigt worden. Der Erfolg zeigt sich ferner darin, daß nunmehr bei allen Arbeitern, die nach diesem Prämienlohnssystem beschäftigt werden, diese vier Bedingungen erfüllt sind, während die Arbeiter vorher ohne jeden Schutz waren. Es ist nicht richtig, daß etwa die Gewerkschaft der Maschinenbauer ganz allgemein nach dem Prämienlohnssystem arbeite, von 90000 Mitgliedern arbeiten nur etwa 8000 danach. Am meisten verbreitet ist von den Prämienlohnssystemen das Rowan'sche System, das vor den anderen verschiedene Vorzüge hat. Der Hauptvorteil ist darin zu erblicken, daß die Anlockung für den Unternehmer, den Zeitlohn herabzusetzen, geringer ist als bei den übrigen Systemen. Im allgemeinen verdienen die Mitglieder, die nach diesem System beschäftigt sind, 20 bis 25 Prozent über den bisherigen Zeitlohn hinaus. Nach Ansicht des Redners ist auch in dem Zeitlohn keine befriedigende Lösung des Problems der Lohnzahlung zu erblicken, weil der Zeitlohn nur durch das bestimmt wird, was der Arbeiter zu seinem Lebensunterhalt braucht. Unter der Voraussetzung, daß die Arbeiterschaft sehr gut organisiert ist und daß ferner bereits in der Arbeiterschaft ein starkes Solidaritätsgefühl sich herausgebildet hat, so daß die Gefahr einer Zersplitterung und des Widerstreits des einen gegen den anderen nicht besteht, sei die Einführung des Prämienlohnsystems nicht so schlimm anzusehen. Da aber, wo die Gefahr vorliegt, daß dadurch das Gefühl der Solidarität der Arbeiterschaft vernichtet wird, daß der eine Arbeiter gegen den anderen ausgehetzt wird, muß das Prämienlohnssystem mit aller Macht bekämpft werden. Denn es ist damit die Gefahr verbunden, daß dort, wo noch keine Organisation besteht, die Möglichkeit eine Organisation zu schaffen, ein für allemal vernichtet wird. (Sehr richtig.) Redner empfiehlt schließlich eine sorgfältige, vorläufige Diskussion dieser Frage, bevor man sich auf eine Resolution festlegt. Jedes Lohnzahlungssystem, das den individualistischen Geist stärkt, sei zu verwerfen, weil es im Gegensatz steht zum Prinzip der Erziehung der Arbeiter zur Solidarität. (Beifall.)

Quitt (Schlußwort): Nach den klaren Ausführungen von Herrn Kahn ist mich kurz fassen. In verschiedenen Punkten kann ich Herrn Kahn zustimmen, zum Beispiel in der Forderung der Beibehaltung des Preises und der Verringerung der Lohnklassen. In diesen Forderungen befinden wir uns in Übereinstimmung, nur werden wir wenig Aussicht haben, daß in das Unternehmertum ein anderer Geist einzieht, es sei denn, daß es uns durch die Kraft der Organisation gelingt, den Unternehmern einen anderen Geist beizubringen. Die Ausführungen von Barnes bestätigen im großen und ganzen, daß das System noch nicht so weit eingeführt ist, wie es den Anschein hatte. Befremdlich ist das Rowan'sche System auch auf den britischen Staatswerken eingeführt. Ich habe damals die Bedingungen, unter denen es eingeführt ist, für die Metallarbeiter-Zeitung überträgt, es scheint aber, daß die Arbeiter, die auf den britischen Staatswerken beschäftigt sind, recht starkes Misstrauen gegen dieses System haben, da, wie Kollege Barnes mitgeteilt hat, nur rund ein Prozent bisher danach beschäftigt ist. Also es zeigt sich auch da, daß es äußerst schwierig ist, diesem System weitere Verbreitung zu verschaffen und daß die Unternehmer noch lieber davon Abstand nehmen als daß sie sich auf gewisse Bedingungen der Arbeiter einlassen. Daß man diese Frage vorzüglich behandeln und dafür sorgen muß, daß der Stoff gründlich studiert wird, dem schreibe ich mich an, das schließt ja auch der Schluss meiner Resolution nicht aus. Wenn Herr Kahn gemeint hat, daß Fälle denkbar sind, unter denen sich das System als segensreich erweist, so müssen wir doch mit der rauen Wirklichkeit rechnen, vordemhand ist diese Möglichkeit nur noch in ganz seltenen Ausnahmefällen vorhanden. Wenn Sie meine Resolution annehmen, so sind ja der Organisation damit keineswegs die Hände gebunden, eine Schädigung unserer Sache kann dadurch auf keinen Fall eintreten. Wohl aber haben wir alle Ursache, uns ihm gegenüber vorsichtig zu verhalten, und da ist es jedenfalls richtiger, wenn man von vornherein sucht, so viel wie möglich von diesem System verschont zu bleiben. Wenn nun auch in England vielleicht im allgemeinen diese Bedingungen eingehalten werden, so liegt doch die Gefahr vor, daß das Unternehmertum die Zeit einer Krise benutzen wird, um die Abmachungen wieder zu umgehen; also Vorsicht ist auch hier unbedingt am Platze. Weiter hat Barnes in überzeugender Weise ausgeführt, daß das System die Gefahr in sich birgt, daß dadurch der individualistische Geist, der Egoismus, dieses „Kampfes um das Überleben“ in unheilvollem Maße geweckt wird. Wenn dies nicht so zutage tritt, so ist das einzig und allein die Folge der strengen Organisation unserer britischen Kollegen gewesen. Wir dürfen also sehr davon überzeugt sein, daß die Gefahr in England genau so besteht wie bei uns in Deutschland. Wenn jedes System, das den individualistischen Geist stärkt, zu verwerfen ist, so müssen wir eben dieses System auch verwerfen. Wenn es uns gelingt, die Unternehmer zu erziehen und wenn die Morgenröte einer besseren Zukunft anbrechen wird, dann wird es auf die Lohnberechnungsmethode im allgemeinen weniger ankommen. Vordemhand bin ich sehr davon überzeugt, daß auch das Prämienlohnssystem nach manchen Seiten hin herauszufordern wird, wir müssen aber der Gefahr ins Auge sehen und werden nicht davon zurückweichen, wie wir es auch bisher nicht getan haben. Mit Recht hat Cohen hervorgehoben, daß selbst wenn meine Resolution angenommen ist, wir unsere Stellung nicht bis in alle Ewigkeit festlegen haben, in zwei Jahren werden unsere Delegierten ja wieder zusammentreten und dann bleibt es uns unbenommen, die Sache von neuem zu prüfen. Erweist es sich dann, daß verschiedene an der Resolution nicht stimmt, nun gut, dann mag sie durch eine bessere ersetzt werden. Ich bitte Sie, meine Resolution anzunehmen.

Director Kahn (Schlußwort): Als der erste Diskussionsredner hier auftrat, da hatte ich das Gefühl: Es muß der See und will sein Opfer haben. (Heiterkeit.) Aber es hat sich doch eigentlich recht gut gelöst, ich sehe tatsächlich eine Differenz der Anschauungen überhaupt nicht mehr. Wenn in dieser Kampfsitzung Herr von Reisswitz mit seiner Arbeitgeber-Zeitung genannt wird, so ist doch zu bedenken, daß es zwei Gruppen von Arbeitgebern gibt, für die eine ist er maßgebend, für die andere nicht. Die eine Gruppe wird sich nicht damit zufrieden geben, daß Sie hier beschließen, für das nächste Jahr wollen wir es mit der Resolution abgeben lassen. Sie können vielleicht morgen mit der Forderung der Einführung des Prämienlohnsystems an Sie heran und wer kann garantieren, in welcher Form? Ich habe mich angeschlossen, daß nur ein Prämienlohnssystem gewisse Bedingungen erfüllt, nämlich die, daß es das Gute des Zeitlohn- und Akkordlohnsystems in sich vereint und die Nachteile, die man einmal bei beiden Systemen vorhanden sind, so viel wie möglich beseitigt. Deswegen sehe ich nun auch gar keine Differenz zwischen der Resolution von Quitt und meiner Resolution. Herr Quitt sagte im Schlußwort, nachdem er zuerst einen ablehnenden Standpunkt eingenommen hat, daß sich der Verband nicht auf eine bestimmte Taktik festlegen soll. Ich möchte Ihnen meine Resolution als Ergänzung empfehlen. Sie haben ja aus den Ausführungen von Barnes entnommen, wie schwierig die Sache in England liegt, nachdem das System schon so und so lange existiert ist; daher wollen wir doch den Organen, die darüber entscheiden sollen, gewisse Richtlinien mit auf den Weg geben und diese Punkte finden sich in meiner Resolution. Das Wichtigste ist wohl, eine Kommission zusammenzusetzen zu lassen, die die Frage noch einmal prüft und sieht, ob sich zu den vier Punkten noch weiteres hinzufügen läßt. Meine Resolution kann sehr wohl als Ergänzung zu der von Quitt dienen, sie gibt eine Direktive, nach welchen Bedingungen in einzelnen Fällen die Einführung des Prämienlohnsystems zugelassen werden kann. Ich möchte zu betonen geben, ob Sie nicht beide Resolutionen vereinigen können.

Die beiden Resolutionen lauten wie folgt:

Resolution Quitt:

Die siebente Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erklärt:

Das Prämienlohnssystem ist eines der raffiniertesten Mittel zur Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Es lehnt den Unternehmern in den Stand, den Arbeiter unter dem Schein höherer Bezahlung anzuspornen, anhaltend seine Kräfte bis zur äußersten Erschöpfung anzustrengen ohne Rücksicht darauf, daß er sich dadurch sehr ruiniert. Ferner entfesselt es alle selbsttätigen Leidenschaften, führt dadurch zu schwerer moralischer Schädigung der Arbeiterschaft und beeinträchtigt den Einfluß der Organisation auf die Besserung der Arbeitsverhältnisse.

Aus diesen Gründen liegt es nicht im Interesse der Arbeiter, der Verbreitung dieses Systems Vorschub zu leisten, zumal die Erfahrungen gezeigt haben, daß es von den Unternehmern in der Hauptsache auch dazu benutzt wird, einen Maßstab zu gewinnen zur weiteren Herabsetzung der Akkordpreise oder zur Erhöhung des Arbeitspensums bei Lohnarbeit.

Die siebente Generalversammlung erklärt sich deswegen grundsätzlich gegen das Prämienlohnssystem, hält es jedoch nicht für angebracht, den Verband auf eine in allen Fällen zu besorgende Taktik festzulegen, will diese vielmehr in jedem einzelnen Falle den maßgebenden Verbandsinstanzen zur Entscheidung überlassen.

Resolution Kahn:

Die verschiedenen Prämienlohnssysteme in verschiedenen Ländern haben bisher Vorteile für die Arbeiter nicht gehabt, im Gegenteil sind einige von ihnen in der Hand gewissenloser Unternehmer schlecht organisierten Arbeitern gegenüber zu schädlichen Ausbeutungsmitteln geworden. Doch erscheint nicht ausgeschlossen, daß es Formen des Systems gibt, die bei gerechter Handhabung auch für die Arbeiter Vorteile bringen.

Die siebente Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beschließt daher, das Material einer fünfgliedrigen Kommission zur eingehenden Prüfung zu überweisen, die die Bedingungen festzustellen hat, unter denen ein Prämienlohnssystem zur Einführung empfohlen werden kann. Einzelne Bedingungen müssen aber schon jetzt festgehalten werden:

1. Der Einführung eines Prämienlohnsystems hat eine eingehende Verhandlung zwischen Unternehmer und Arbeitern voranzugehen, die alle Zweifelsfragen einwandfrei erledigt, außerdem aber eine genügende Probezeit festlegt, nach deren Ablauf den Arbeitern freigestellt wird, ob sie das System annehmen wollen oder nicht.
 2. Bei Handhabung des Systems soll jede Willkür ausgeschaltet sein, so daß nur nach feststehenden Normen gearbeitet wird.
 3. Bei Übergang von bisheriger Akkordarbeit zu einem Prämienlohnssystem ist sicherzustellen, daß bei gleichbleibender Arbeitsleistung ein gleich hoher Verdienst erzielt wird wie vorher.
 4. Wenn Normen für ein Prämienlohnssystem einmal eingeführt sind, darf innerhalb von zwei Jahren eine Reduzierung der Grundpreise nur bei Verbesserung der Arbeitsmethode eintreten.
- Die Resolution Quitt wurde einstimmig angenommen.

Die Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften Österreichs im Jahre 1904.

Einen Überblick über die Stärke der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern der österreichisch-ungarischen Monarchie bietet folgende Zusammenstellung:

Land	Organisierte Arbeiter			In Prozent
	männl.	weibl.	zusam.	
Bien	63 279	4 652	67 931	35,91
Nieder-Österreich	8 352	974	9 326	4,98
Böhmen	47 835	1 793	49 628	26,24
Bukowina	264	—	264	0,14
Dalmatien	76	—	76	0,04
Galizien	5 886	29	5 915	3,13
Kärnten	3 871	20	3 891	2,05
Ränten	1 641	582	2 223	1,17
Steiermark	1 154	—	1 154	0,61
Nähren	18 792	2 357	21 149	11,17
Ober-Österreich	4 257	271	4 528	2,39
Salzburg	2 620	117	2 737	1,44
Schlesien	5 716	929	6 645	3,54
Steiermark	19 087	1 187	20 274	10,76
Tirol-Südtirol	3 808	103	3 911	2,06
Ausland	408	51	459	0,25
Zusammen:	176 066	13 055	189 121	100,00

Eine wesentliche Ergänzung vorstehender Ziffern bildet die Gegenüberstellung der beschäftigten und organisierten Arbeiter, nach Ländern geordnet. Insgesamt kommen etwa 2 226 601 erwachsene industrielle Arbeiter, die organisiert im Reiche sind, für die Gewerkschaften in Betracht. Die Arbeiter des Handels und Verkehrs werden nicht mit in Berechnung gezogen. Nach der vorgenannten Berechnung verteilen sich die Beschäftigten nach Ländern wie folgt: Wien 321 705, Niederösterreich 148 920, Böhmen 872 321, Bukowina 15 314, Dalmatien 8 332, Galizien 113 839, Kärnten 48 341, Kroatien 26 191, Nähren 25 497, Nähren 274 277, Oberösterreich 68 193, Salzburg 15 907, Schlesien 108 883, Steiermark 107 503 und Tirol und Vorarlberg 71 379. Diese Ziffern ergeben somit im Vergleich mit obiger Tabelle die sehr lehrreiche und interessante Darstellung, daß auf je 100 Beschäftigte in Wien 20, Niederösterreich 6, Böhmen 6, Bukowina 2, Dalmatien 1, Galizien 5, Kärnten 8, Kroatien 4, Nähren 6, Oberösterreich 7, Salzburg 17, Schlesien 6, Steiermark 13 und auf Tirol und Vorarlberg 5 organisierte Arbeiter kommen. Die Organisierten im Handels- und Transportgewerbe werden nicht in Berechnung gezogen. Insgesamt stellt sich das Verhältnis der Organisierten zu den Beschäftigten folgendermaßen:

Branche	Prozent der Organisierten
1. Arbeiter	12,55
2. Bauarbeiter	9,09
3. Bergarbeiter	8,96
4. Brauer und Fassbinder	4,42
5. Buchbinder	17,36
6. Buchdrucker und Hilfsarbeiter	73,25
7. Drechsler	6,90
8. Eisenbahner	20,77
9. Eisen- und Metallarbeiter	10,64
10. Glasarbeiter	9,02
11. Hutmacher	38,46
12. Handels- und Transportarbeiter	2,30
13. Holzarbeiter	11,52
14. Hutmacher	20,86
15. Lederarbeiter	16,91
16. Lithographen	20,28
17. Maler, Kupferstecher und Radierer	9,61
18. Mühlensarbeiter	1,24
19. Papierarbeiter	11,92
20. Porzellanarbeiter	13,18
21. Barbier und Friseur	4,79
22. Sattler, Tischler und Sticker	10,12
23. Schneider	2,07
24. Schneider	4,23
25. Schuhmacher	3,90
26. Steinarbeiter	5,80
27. Tabakarbeiter	11,40
28. Textilarbeiter	3,73
29. Zigarrenarbeiter	6,39

30. Siegelarbeiter	2,18
31. Zimmerer	2,00
32. Zuderbäcker	1,85

Im Durchschnitt sind von allen beschäftigten Arbeitern etwa 6,5 Prozent organisiert.

Die statistischen Erhebungen über die Einnahmen und Ausgaben seit dem Jahre 1896 ergeben nachstehende Summen:

Es vereinnahmten

im Jahre 1896 die gesamten Organisationen	Kronen
1899	985 171,76
1901 nur Gewerkschaften	1 852 440,59
1902	2 229 346,21
1903	2 617 184,02
1904	2 842 854,88
	8 892 970,06
Zusammen:	11 182 855,20

Es verausgabten

im Jahre 1896 die gesamten Organisationen	Kronen
1899	650 835,48
1901 nur Gewerkschaften	1 738 339,55
1902	2 111 082,12
1903	2 892 539,77
1904	2 647 066,20
	8 004 160,50
Zusammen:	10 156 848,50

Diese Summen sind nur reine Vereinnahmungen und Ausgaben, die für die nach den Vereinsstatuten normierten Zwecke verwendet werden können. Es wurde für diese Zwecke im Jahre 1904 ausgegeben:

Gewerkschaften	Art der Unterstützungszweige	Kronen	In Proz. der Gesamt-ausgaben
44	Reiseunterstützung	95 790,80	3,19
56	Arbeitslosenunterstützung	589 301,19	19,42
81	Krankenunterstützung	432 442,22	14,39
5	Invalidenunterstützung	198 105,78	4,59
23	Beihilfe in Sterbefällen (Witwen- und Waisenunterstützung)	69 642,67	2,99
46	Unterstützung in Notfällen	71 728,14	2,89
	Zusammen:	1 411 010,80	46,97

Gelder für Streikfonds u. werden durch die freien Organisationen der Branchen separat eingehoben und verwaltet. Der Beitrag zum Dispositionsfonds bewegt sich in der Höhe von fünf Heller bis zu einer Krone wöchentlich. Bei größeren Streiks oder Aussperrungen werden außerdem noch Extraabgaben ausgehoben.

Die freien Organisationen der Gewerkschaften verausgabten, sofern Angaben erhältlich waren, nachstehende Summen:

Für Streikende	285 600,75 Kronen
Gemäßregelte	26 186,—
Zusammen:	311 786,75 Kronen

Die Gesamt-Finanzgebarung der Gewerkschaften im Jahre 1904 stellt sich folgendermaßen dar: Einnahmen: 62 Gewerkschaften an Beitrittsgebühren 57 471,23 Kronen, an ordentlichen Beiträgen 2 907 297,14 Kronen, an sonstigen Einnahmen 428 501,72 Kronen, zusammen 3 392 970,09 Kronen. Ausgaben: 66 Gewerkschaften insgesamt 3 004 160,50 Kronen, verbleibt somit ein Überschuss von 388 809,59 Kronen. Aufstellung: 66 Gewerkschaften für Unterstützungen 1 411 010,80 Kronen, 66 Gewerkschaften für andere Zwecke 1 593 149,70 Kronen. Insgesamt 3 004 160,50 Kronen. Nach diesem Nachweis verfügen somit die Gewerkschaften über eine Jahres-einnahme von rund 3 400 000 Kronen, denen Ausgaben von rund 3 000 000 Kronen, und zwar für Unterstützungszwecke 1 410 000 Kronen gleich 47 Prozent und für alle anderen Zwecke 1 600 000 Kronen gleich 53 Prozent gegenüberstehen. Der Jahresüberschuss beträgt rein 388 809,59 Kronen, der Gesamtvermögensbestand von 4 410 619,35 Kronen hat sich mithin im Jahre 1904 um 601 981,92 Kronen vermehrt.

Die Aussperrung in Breslau.

Die Unternehmer haben ihre Drohung zum Teil ausgeführt. Bis zum 3. August waren 221 Dreher ausgesperrt, dazu kamen 115 Streikende.

Am 31. Juli wurden drei äußerst zahlreich besuchte Versammlungen abgehalten, in denen zu der Aussperrung Stellung genommen wurde. Es seien nun zuerst nach einmal die Forderungen mitgeteilt, die die Dreher an die Unternehmer gestellt haben: Neunstündige Arbeitszeit, 15 Prozent Lohnerhöhung, für Ausgelernte im ersten Jahre 35 Pf. die Stunde Minimallohn, für alle übrigen Dreher eine Zulage von 3 Pf. pro Stunde. Überstunden sind möglichst zu beschränken. Für Überstunden sind 33 1/3 Prozent, für Nachtarbeit 50 Prozent Zuschlag zu zahlen. Bei Akkordarbeiten ist der Lohn zu garantieren. Schlechte Akkorde sind so aufzubessern, daß mindestens 30 Prozent über den Lohn verdient werden kann. Wenn an zwei oder mehr Banken gearbeitet wird, so ist für jede Bank der volle Preis zu zahlen. Festsetzung der neuen Akkordpreise unter Hinzuziehung und Mitberatung der Arbeiter. Die Vereinbarung der Akkorde hat vor Beginn der Arbeit zu erfolgen. Gute Behandlung, genügende Heizung, Ventilation, Waschvorrichtungen, Stellung guter und genügender Werkzeuge, beiderseitige gewissenhafte Innehaltung der Unfallverhütungsvorschriften, Befreiung des Lehrlingsunterrichts, Schaffung von Arbeiterausschüssen. Schließlich soll zur Erledigung von Streitigkeiten über die Vereinbarungen eine Schlichtungskommission gebildet werden.

Die erwähnten drei Versammlungen fanden im Stalatheater, im Cafe-Restaurant und im Gewerkschaftshaus statt. Im Stalatheater referierte Kollege Schlegel. Er beschäftigte sich zunächst mit der folgenden Kundgebung der Unternehmer in den Blättern:

Darüber kann kein Zweifel sein, daß der jetzt geführte Kampf von einer prinzipiellen Bedeutung ist, die über den gegenwärtigen Anlaß weit hinausgeht, und daß an dem Ausgang dieses Kampfes nicht nur die eine Arbeiterkategorie, die ihn jetzt führt, und die eine Fabrikantengruppe, der er ausgenommen ist, sondern die gesamte deutsche Industrie beteiligt ist. In der Erkenntnis, daß es sich für diese um Sein und Nichtsein handelt, halten es der Verband schlesischer Metallindustrieller und die ihm angeschlossenen Firmen für ihre Pflicht, der Forderung des Lohnparitätens den äußersten Widerstand entgegenzusetzen und vor der harten, aber von der Notwendigkeit diktierten Maßregel einer Aussperrung der Arbeiter und — wenn es sein muß — der Schließung der Betriebe nicht zurückzufahren. Keine der Fabriken, auf deren Zustände sich die Arbeitnehmer in ihren Versammlungen berufen, um die Annehmbarkeit ihrer Forderungen damit darzutun, hat den Lohnparität, dessen Unannehmbarkeit bei sämtlichen Arbeitgebern außer Zweifel steht, anerkannt.

Über die wahre Bedeutung des Lohnparitätens und seine unheilvollen Konsequenzen scheint noch nicht die gewünschte Klarheit zu herrschen. Es ist keine Ubertreibung, wenn man in der Durchsetzung des Lohnparitätens, der eine ungebührliche Macht in die Hände der Arbeitnehmer legt und die Fabrikanten in ihren Betrieben schließlich zur Ohnmacht verurteilt (A) würde, den entscheidenden Schritt zum Niedergang, ja, zum Ruine der deutschen Industrie erblickt. Die Erfahrungen, die man in Australien und England, das den Rückgang seiner Industrie auf diese Quelle zurückführt, gemacht, sollten zur Lehre dienen. Die Zubilligung eines Minimallohns sowie bestimmte Garantien für Akkordarbeit heißt den fleißigen und intelligenten Arbeiter zugunsten des lässigen und ungeachteten benachteiligen, heißt jedes Streben nach voller Ausnutzung der Kräfte und Fähigkeiten lähmen, der Weiterentwicklung einen Hemmschub anlegen. Nicht nur das eigene Interesse vertreten die Arbeitgeber mit

der entschiedenen Bekämpfung des Lohntarifs, sondern auch das der Arbeiter selbst (...)

Kollege Schlegel stellte fest, daß in dieser Umgebung eine Aufschwung enthalten sei. Die Fabrikanten behaupteten noch immer, daß das verlangte Tarifverhältnis das Kampfojekt in der gegenwärtigen Auseinandersetzung sei, obwohl sie alle wissen, daß die Arbeiter um des Friedens willen längt auf die Einführung des Tarifs verzichtet haben und nur noch Zugeständnisse in puncto Lohn und Arbeitszeit fordern.

Schlegel schilderte nun ausführlich den Gang der Verhandlungen mit den Unternehmern. Am 18./19. Juni wurde der Tarif eingereicht und Antwort bis zum 28. Juni erbeten. Da die Unternehmer nicht mit dem Verband verhandeln wollten, wurden besondere Kommissionen für die einzelnen Betriebe gewählt — die erste Nachgiebigkeit der Arbeiter.

Die heute am 31. Juli 1905 tagende große öffentliche Versammlung der Metallarbeiter Breslaus nimmt Kenntnis von dem Verlauf des Streiktarifs und dem dadurch gezeitigten Beschluß des Industriellen-Verbandes betreffend Ausperrung.

Die Versammelten sprechen den streikenden Drehern ihre volle Sympathie aus. Es muß angeführt werden, daß die Forderungen der Drehen und da es sich nicht mehr bei den noch bestreikten Firmen um Einführung des Tarifs, sondern nur noch um annehmbare Zugeständnisse auf der Grundlage des Tarifs handelt, geradezu unbegreiflich erscheinen, wie die in Frage stehenden Unternehmer, die sonst allerdings, wenn es nichts kostet, von Arbeiterfreundlichkeit überfließen, wegen dieser bescheidenen Forderungen es dennoch zum Streit kommen ließen.

Da aber solche brutalen Gewaltakte der Unternehmer nur abzuwehren sind durch die Organisation, so verpflichten sich die Versammelten energischer denn je, für die Gewinnung neuer Mitglieder tätig zu sein und zu helfen, den Deutschen Metallarbeiter-Verband nach innen und außen zu schützen

und Erzh auszubauen, um dadurch ein Bollwerk zu schaffen, mit dem jeder Unternehmer oder deren Organisation rechnen muß.

In der Versammlung im Café-Restaurant, in der speziell die Dreher verammelt waren, referierte Kollege Philipp, der ebenfalls die Ursachen und den Verlauf der Dreherbewegung schilderte. Die Versammlung war darin einig, lieber die Ausperrung über sich ergehen zu lassen als daß die Streikenden die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen sollten.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts gefordert.

Der in Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung wegen Schädigung des Verbandes und Quertreiberei ausgefallene Schmiehd Ludwig Bading, Kiel, hatte sich beschwerdeführend an den Ausschuss gewandt und dieser die Beschwerde als berechtigt anerkannt.

Der in Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung wegen Schädigung des Verbandes und Quertreiberei ausgefallene Schmiehd Ludwig Bading, Kiel, hatte sich beschwerdeführend an den Ausschuss gewandt und dieser die Beschwerde als berechtigt anerkannt.

Der in Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung wegen Schädigung des Verbandes und Quertreiberei ausgefallene Schmiehd Ludwig Bading, Kiel, hatte sich beschwerdeführend an den Ausschuss gewandt und dieser die Beschwerde als berechtigt anerkannt.

Der in Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung wegen Schädigung des Verbandes und Quertreiberei ausgefallene Schmiehd Ludwig Bading, Kiel, hatte sich beschwerdeführend an den Ausschuss gewandt und dieser die Beschwerde als berechtigt anerkannt.

Der in Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung wegen Schädigung des Verbandes und Quertreiberei ausgefallene Schmiehd Ludwig Bading, Kiel, hatte sich beschwerdeführend an den Ausschuss gewandt und dieser die Beschwerde als berechtigt anerkannt.

Der in Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung wegen Schädigung des Verbandes und Quertreiberei ausgefallene Schmiehd Ludwig Bading, Kiel, hatte sich beschwerdeführend an den Ausschuss gewandt und dieser die Beschwerde als berechtigt anerkannt.

Der in Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung wegen Schädigung des Verbandes und Quertreiberei ausgefallene Schmiehd Ludwig Bading, Kiel, hatte sich beschwerdeführend an den Ausschuss gewandt und dieser die Beschwerde als berechtigt anerkannt.

Der in Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung wegen Schädigung des Verbandes und Quertreiberei ausgefallene Schmiehd Ludwig Bading, Kiel, hatte sich beschwerdeführend an den Ausschuss gewandt und dieser die Beschwerde als berechtigt anerkannt.

Der in Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung wegen Schädigung des Verbandes und Quertreiberei ausgefallene Schmiehd Ludwig Bading, Kiel, hatte sich beschwerdeführend an den Ausschuss gewandt und dieser die Beschwerde als berechtigt anerkannt.

Der in Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung wegen Schädigung des Verbandes und Quertreiberei ausgefallene Schmiehd Ludwig Bading, Kiel, hatte sich beschwerdeführend an den Ausschuss gewandt und dieser die Beschwerde als berechtigt anerkannt.

Der in Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung wegen Schädigung des Verbandes und Quertreiberei ausgefallene Schmiehd Ludwig Bading, Kiel, hatte sich beschwerdeführend an den Ausschuss gewandt und dieser die Beschwerde als berechtigt anerkannt.

Der in Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung wegen Schädigung des Verbandes und Quertreiberei ausgefallene Schmiehd Ludwig Bading, Kiel, hatte sich beschwerdeführend an den Ausschuss gewandt und dieser die Beschwerde als berechtigt anerkannt.

Der in Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung wegen Schädigung des Verbandes und Quertreiberei ausgefallene Schmiehd Ludwig Bading, Kiel, hatte sich beschwerdeführend an den Ausschuss gewandt und dieser die Beschwerde als berechtigt anerkannt.

Der in Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung wegen Schädigung des Verbandes und Quertreiberei ausgefallene Schmiehd Ludwig Bading, Kiel, hatte sich beschwerdeführend an den Ausschuss gewandt und dieser die Beschwerde als berechtigt anerkannt.

Der in Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung wegen Schädigung des Verbandes und Quertreiberei ausgefallene Schmiehd Ludwig Bading, Kiel, hatte sich beschwerdeführend an den Ausschuss gewandt und dieser die Beschwerde als berechtigt anerkannt.

Der in Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung wegen Schädigung des Verbandes und Quertreiberei ausgefallene Schmiehd Ludwig Bading, Kiel, hatte sich beschwerdeführend an den Ausschuss gewandt und dieser die Beschwerde als berechtigt anerkannt.

Der in Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung wegen Schädigung des Verbandes und Quertreiberei ausgefallene Schmiehd Ludwig Bading, Kiel, hatte sich beschwerdeführend an den Ausschuss gewandt und dieser die Beschwerde als berechtigt anerkannt.

Der in Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung wegen Schädigung des Verbandes und Quertreiberei ausgefallene Schmiehd Ludwig Bading, Kiel, hatte sich beschwerdeführend an den Ausschuss gewandt und dieser die Beschwerde als berechtigt anerkannt.

Der in Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung wegen Schädigung des Verbandes und Quertreiberei ausgefallene Schmiehd Ludwig Bading, Kiel, hatte sich beschwerdeführend an den Ausschuss gewandt und dieser die Beschwerde als berechtigt anerkannt.

Von dem Vorstand des Holländischen Metallarbeiter-Verbandes werden wir ersucht, vor Zugang von Metallarbeitern aller Branchen nach Holland zu warnen, da dort allgemeiner Arbeitsmangel vorhanden ist und die zugereisten Kollegen bitteren Erfahrungen ausgesetzt sind.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Döbe-Strasse 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Quittung über die vom 1. bis 31. Juli 1905 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgehälter.

- Von: Aachen M. 600. Altenburg 1200. Alttötting 100. Altwasser 207,57. Amberg 30. Anklam 85,35. Apolda 175. Aschersleben 500. Aue i. S. 700. Augsburg 11800. Augustfehn 100. Barth a. Ostsee 45. Barmen 400. Barmen 400. Biberach 150. Biber 120. Biffingen-Bietigheim 152,24. Bitterfeld 200. Blantzen a. Harz 261,90. Bochum 100. Brack 43,75. Braunschweig 5000. Breslau 500. Bretten 50. Brieg 130. Brunsbüttelhafen 112,60. Bunsdorf 100. Burgstädt 500. Celle 127,34. Crimmitschau 400. Cuxhaven 74. Dessau 500. Detmold 70. Ditterdingen 50. Dinslage 50. Döbeln 350. Dresden 10500. Düren 60. Duisburg 300. Düren 80. Durlach 1500. Ebersbach 266,40. Eberstadt 200. Egingheim-Opau 205,90. Eilenburg 150. Eisenach 400. Eising 300. Eißnerwerda 350. Emden 250. Emmendingen 118,64. Erbach 100. Erfurt, Klempner 300. Esch 50. Eustirchen 85. Fechenheim 220. Feuersbach 300. Forst 100. Frankenber 60. Frankenthal 700. Frankfurt a. M. 1000. Freiberg i. S. 150. Freiburg i. B. 150. Friedland i. M. 130. Furtwangen 239,25. Gaggenau 189,02. Gassen 180. Geesthacht 180. Gera 250. Gevelsberg 1500. Gleien 400. Glauchau 150. Glogau 106,40. Gollern 57,55. Göttingen 486,30. Görlich 2000. Gotha 500. Grotzen 120. Greifswald 100. Grimma 188,49. Großenhain 250. Guben 200. Habersleben 120. Hagen 900. Halle a. S. 1800. Hamm 100. Hanau 200. Hannover 4000. Harburg 800. Haynau 100. Heidenheim 600. Herford 242,75. Hildesheim 700. Höchst 200. Hohenstein-Ernstthal 305. Homburg v. d. H. 104,97. Jüterbo 549,40. Jülich 123,44. Jüterbo 500. Jüterbo 150. Jena: Alg. 700. Mechaniker 1080,50. Kaiserlautern 238. Kamm 56,18. Kattowitz 90. Kitzbühel 100. Kesselbach 140. Königsberg i. Pr. 550. Königshütte 243,50. Kornweheim 230. Kötzting 137,02. Köthen 380. Kronenberg: Alg. 77,30. Schleier 150. Kuppensteig 200. Küstrin 150. Kägerdorf 100. Lambricht 100. Lammerspiel 118,40. Landsberg a. W. 150. Landsbut 100. Langenberg 120,78. Laupheim 86,56. Liegnitz 400. Limbach 200. Lobau 120. Lollar 350. Lörrach 60. Lübeck 800. Lützenwalde 400. Lubwigsburg 221. Lüneburg 72,14. Lugernburg 200. Mainz 300. Marburg 60. Meerane 300. Meissen 1500. Metz 40. Meuselwitz 500. Mittweida 100. Mötzelberg 339,10. Müggeln 1400. Mühlhausen i. Thür. 700. Mülheim a. Rhein 3178,58. Mülheim a. Ruhr 800. Mühlhof 168,41. München 40. M.-Glabbach 200. Mundenheim 300. Neustadt 289. Neheim 70,65. Neise 100. Neumarkt, D.-Palz 200. Neustadt a. O. 23,70. Neustadt a. Hardt 208,76. Nienburg a. S. 200. Norden 300. Nordhausen 100. Nossen 175. Nommes-Neuendorf 450. Nürnberg 500. Oberoden 302,24. Oberlein 200. Oberan 157,50. Oldenburg 58,80. Offenbach a. M. 800. Ogersheim 100. Olbernhau 116,60. Odruff 27,40. Ofchag 50. Osterholz-Scharmbeck 200. Osterode a. H. 120. Penig 500. Perleberg 134,52. Pforzheim 400. Pflugfeld 200. Pinneberg 80. Pirnais 135. Plauen 100. Pöppel 80. Queblitzburg 500. Rabenberg 453,61. Rade v. Wald 378,53. Radolitz 125,12. Raguhn 50. Ratingen 150. Ravensburg 57. Regensburg 150. Reichenbach i. B. 200. Reichenhain 300. Reutlingen 200. Ruhl 400. Saalfeld 600. St. Georgen 103,12. Sangerhausen 250. Seebitzbrück 450. Senftenberg 100. Eisen 25. Siegen 200. Singen 179,68. Soest 23,86. Solingen 300. Sommerda 80. Speyer 70. Sulz 500. Swinemünde 79,69. Schildesche 1000. Schleiz 136,20. Schmalkalden 150. Schmiedeberg 908,76. Schmölln 120. Schramberg 250. Schwanbach, Aluminiumschläger 326,74. Nader 193,38. Schweidnitz 56. Schweinungen 400. Schwerin 200. Stargard i. P. 80. Staßfurt 749,32. Stettin 1400. Straßburg 150. Straßburg i. E. 360. Stuttgart 4000. Torgelow 600. Trier 47,60. Ufermünde 103,29. Urfingen 100. Urberach 241,50. Varel 60. Waiblingen 127,94. Warstein 230. Wehbach 37,90. Weisenfels 200. Werba 640. Werder 100. Wilhelmshaven-Want 600. Wolfenbüttel 395,20. Wolgast 115,44. Zeitz 400. Zeulenroda 500. Zieritz 200. Zorge 300. Zumbach 100. Einzelmitglieder der Hauptkasse 520. Extrabeiträge 173,15. Zinsen von angelegten Geldern 11288. Zurückgezahlte Schuld von Ebert-Neutlingen 4,30.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einfender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen, und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Zur Beachtung. Zugang ist fernzuhalten:

- von Weizern, Drehern, Drückern, Glühlern und Metallformern nach Berlin; von Weizern und Auftrügeren etc. nach M.-Glabbach (Stanz- und Emailierwerk Robert Janzen) M.; von Elektromonturen nach Lindau i. Bodensee M. von Formern, Eisengießereiarbeitern und Kernmachern nach Chemnitz (Krauthelm) St.; nach Darmstadt (Haber, Herdfabrik) St.; nach Götting M. und D.; nach Koblenz (Mettenicher Eisenwerk) St.; nach Neustrelitz (F. Steffen); nach Korbach; nach Kottenburg a. M. (Maschinenfabrik und Eisengießerei Grünau) St.; nach Seebach b. Zürich (Gießerei Böhlerli) St.; nach Stuttgart-Kannstatt (Grupp) D.; nach Torgelow (Hilde & Co.) D.; nach Velbert H.; nach Wernigerode a. Harz (Lübbers) St.; von Klempnern und Installateuren nach Basel, Schweiz St.; nach Bonn a. Rh. St.; nach Bromberg St.; nach Dresden L.; nach Heidelberg, Karlsruhe, Kiel, Köln St.; nach München U.; nach Pforzheim L.; nach Remscheid St.; von Klempnern, Installateuren und Kupferschmieden nach Aachen St.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Regenz: Rieden (Senny & Schindler) M.; nach Darmstadt (Herdfabrik Haber) M.; nach Erfurt (Votomotivfabrik Jagens) St.; nach Halle (Maschinenfabrik); nach Hamburg (Betriebswerkstätten der Straßenbahnen, Mühlenbauanstalt F. H. Schule, Kakaofabrik Th. Richard, Wandsbeck); nach Mülheim a. M., besonders Drahtziehern, M.; nach Korbach (Gießerei Korbach) St.; nach Solingen; nach Velbert U.; nach Weimar (Alltagsgesellschaft für Eisenbahn- und Militärbedarf) D.; nach Würzburg (Buxbaum) St.; von Metallbauern und Fabrikarbeitern nach Erlangen (Peter Fischer) D.; von Metallschlägern nach Breslau D.; von Modellschreibern nach Korbach St.; von Schloßgeräten nach Solingen (Emil Wolfert) D.; von Schloßern nach Eisenwerda (Fahradwerke) M.; nach Stuttgart (Kunst- und Wauschloßerei von Stähler) D.; nach Schaffhausen, Schweiz (Firma Rubes); nach Zürich (Firma Kaffenbauer, Raffen-Schwager, Schupp-Schwager und Punter & Cie., Ofenfabrik); von Schloßbauern nach Grotzsch b. Leipzig St.; von Schmiehdern nach Wagnern nach Lausanne (Schweiz) St.; von Werkarbeitern nach Hensburg St.;

Korrespondenzen.

Formen.

Brenzlau. Der Streik der Formen bei Hoffmann & Co., der sechs Wochen dauerte, wurde am 25. Juli beendet. Es wurden von der Firma mehrere Jugendkündnisse gemacht, leider aber gelang es nicht, die Einstellung unseres Kollegen Kohler, der sich um unsere Sache sehr verdient gemacht hat, durchzusetzen. Wenn nicht alle Forderungen bewilligt wurden, so trägt daran die Schuld der Gewerkschaft. Die Fabrik war in größter Wehrangst, da Arbeitswillige nicht zu erlangen waren. Die Streikenden beider Parteien waren bis zur letzten Streikwoche vollständig einig, es war ausgemacht worden, daß bei jeder Verhandlung beide Parteien zugegen sein sollen. Dieses Abkommen ist aber vom Gewerkschaften gebrochen worden. Die Fabrikleitung überredete die Gewerkschaften, die Arbeit unter gewissen Bedingungen wieder aufzunehmen. Sie pflegte am 15. Juli Verhandlungen mit ihr; unser Kollege Kohler ging zwar ungeladen mit, er wurde aber zurückgewiesen. Es fanden dann noch mehrere Verhandlungen mit dem Gewerkschaften ohne unser Wissen statt, und am 21. Juli wurde uns folgender Brief vorgelegt: „Brenzlau, 20. Juli 1906. Herrn Formner Märkert, hier. Ich teile Ihnen hierdurch mit, daß ich bereit bin, sämtliche Formen, welche in meinem Betrieb jetzt gearbeitet haben und augenblicklich streiken, wieder einzustellen, ausgenommen hiervon ist der Formner F. Kohler. Formner Ewald hat Brenzlau bereits verlassen, scheidet also aus. Achtungsvoll (Fabrikstempel) G. S. Gotthardt, S. Hoffmann.“ Kollege Ewald sollte also auch nicht wieder eingestellt werden. In einem weiteren Schreiben wurden die bewilligten Forderungen mitgeteilt. Obwohl nun vorher in den Forderungen gestanden, daß Maßregelungen nicht stattfinden dürfen, waren die Gewerkschaften sofort bereit, diesen Punkt fallen zu lassen. Da Kollege Kohler selbst erklärte, daß wegen seiner Person der Streik nicht weitergeführt zu werden brauche, wurde am 27. Juli die Arbeit wieder aufgenommen. — Die Bewilligungen werden wir noch mitteilen.

Wald bei Solingen. Am 3. August erfolgte hier in fünf Giebereien die Arbeitsniederlegung der Formen wegen der Welbeter Streikarbeit. In den Giebereien verblieben nur Leute, die herauszunehmen für den Verband mehr Schaden als Nutzen gebracht hätte. In den meisten Fällen haben die Unternehmer die Herstellung der Streikarbeit abgelehnt, obwohl die Beweise uns wiederholt geliefert worden sind. Da der für die Welbeter Schloßfabriken notwendige Rohguß nunmehr nicht mehr geliefert werden kann, dürfte sich in Wald bei Solingen in den weiter verarbeitenden Werken bald Arbeitslosigkeit bemerklich machen. Die Verständigung über den eingereichten Tarif in Wald würde auch hier die Wiederaufnahme der Arbeit zur Folge haben. Mögen die Unternehmer sich danach einrichten.

Klempner.

Sant-Wilhelmshaven. Seit dem 1. August stehen sämtliche Klempner und Installateure im Streik. Sie hatten den am 1. August abgelaufenen Tarif laut Vertrag sechs Wochen vorher gekündigt und den Meistern einen neuen, der eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden und eine Erhöhung des Mindestlohns von 40 auf 50 Pf., für Gesellen im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit nicht unter 45 Pf., vorseht. Wenn die Klempnergesellen, die sämtlich im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert sind, gelang haben, auf dem Wege der Verhandlungen eine Verständigung herbeizuführen, so mußten sie hierzu eine Täuschung erfahren. Es wurde bei Einbringung des neuen Tarifs sofort um Verhandlungen gebeten, jedoch haben die Herren Meister dieselben bis 14 Tage vor Ablauf desselben hinaus. Zwei Verhandlungen, die dann stattfanden, zitierten kein Resultat, weil die Herren Meister sich nicht nur gegen jede Verbesserung ablehnend verhielten, sondern den Gesellen zumuteten, den bis dahin bestehenden Mindestlohn von 40 auf 35 Pf. zu reduzieren, da ein Helfer der Meister die Entdeckung gemacht hatte, daß ein organisierter Geselle sich erköhnt habe, Samstags mit weißer Weste auf der Hauptstraße sich zu bewegen, somit jede Begründung für eine Aufbesserung der weit hinter den in anderen Berufen der Baubranche zurückstehenden Löhne in sich zusammenzufassen, da eine derart luxuriöse Kleidertracht sich kein Meister leisten könne. Es wurde dann nochmals von der Ortsverwaltung um eine weitere Verhandlung nachgesucht, um einen Konflikt zu vermeiden. Die Meister lehnten jedoch durch Mehrheitsbeschluß in einer am Vormittag des 31. Juli abgehaltenen Versammlung jede weitere Verhandlung ab, weil nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen eine Verständigung doch ausgeschlossen sei. Sie kündigten am Vorabend des 1. August ihren Gesellen die Papiere ein. Damit haben die Herren Meister jedes Recht verweigert, auch nur mit einem Scheine zu behaupten, den Frieden zu wollen. Wenn durch das ablehnende Verhalten der Herren Meister, die durch den Anschluß an den Arbeitgeber-Verband jetzt von dort ihre Instruktionen erhalten, der Kampf schärfere Formen annehmen wird, so trifft die Schuld hierfür nicht die Organisation der Gesellen, sondern ganz allein die Herren Meister. Die Klempner werden den ihnen nunmehr aufgedrängten Kampf mit aller Energie durchzuführen, und wenn die Meister es durchaus zu einer Machtprobe kommen lassen wollen, so werden die Gesellen mit eben solcher Zähigkeit an ihren Forderungen festhalten, denn auch deren Organisation hat sich gerade durch die Praktiken des Unternehmertums zu einem Faktor entwickelt, mit welchem auch die hiesigen Unternehmer zu rechnen haben. Darum, Kollegen, weidert Wilhelmshaven; dann werden auch die hiesigen Unternehmer einsehen lernen, daß sie den Deutschen Metallarbeiter-Verband nicht ignorieren können.

Dresden. Der Streik der Klempner und Installateure ist nach achtwöchentlichem Dauer beendet worden. Wenn auch die Forderungen nicht ganz bewilligt wurden, so ist doch im Vergleich zu den früher bezahlten Löhnen eine wesentliche Verbesserung zu verzeichnen. Waren doch Stundenlöhne von 25 Pf. bei den jüngeren Kollegen keine Seltenheiten und nur pfeifigweise liegen diese Löhne bis zu den besseren und älteren Arbeitern, die in vereinzelten Fällen bis 42 Pf. pro Stunde verdienen, weiter. Die Vereinbarung, die der Kampf zeitigte, ist folgende: 1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. 2. Die Arbeit wird in Stunden- und Mindestlohn ausgeführt; jedoch ist letzteres auf Bauten möglichst zu vermeiden. 3. Die Lohnzahlung erfolgt in der Regel Samstags und ist die länger als eine halbe Stunde dauernde Wartezeit auf den Lohn als Arbeitslohn zu bezahlen. 4. An Mindestlohn wird bezahlt für eine Stunde: Im ersten Gelehenjahr 34 Pf., im zweiten 37 Pf., im dritten 40 Pf., für selbständig arbeitende Gesellen beträgt der Lohn 45 Pf. 5. Gesellen, die zurzeit den Höchstlohn und mehr beziehen, erhalten eine Zulage von 2 Pf. die Stunde. 6. Überstunden werden mit 10 Prozent, Sonntag- und Nachtarbeit mit 25 Prozent Zuschlag zum Lohn bezahlt. Als Nachtarbeit gilt die Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. 7. Siegt die Arbeitsstelle (der Bau) innerhalb des Dresdener Straßenbahnbereichs, so ist die Fahrt von und nach der Werkstätte zu vergüten. Bei auswärtigen Arbeiten, wo abends die Wohnung erreicht werden kann, ist das Fahrgehalt sowie die auf die Fahrt verwendete Zeit zu vergüten. Siegt die Arbeitsstelle mehr als 10 Kilometer von der Werkstätte entfernt, so ist ein um 5 Pf. erhöhter Stundenlohn zu zahlen. Bei auswärtigen Arbeiten (Montagen), wo die Wohnung abends nicht erreicht werden kann, ist eine angemessene Auszahlung, mindestens 2 Mk. für den Tag, zu zahlen. 8. Für Klempner von Meistern und Gehilfen erhält der Geselle eine Vergütung von 50 Pf. 9. Die gesetzlichen Arbeiterversicherungen sind von beiden Seiten einzuführen. 10. Wo bessere Arbeitsverhältnisse bestehen, dürfen die Gesellen nicht verschlechtert werden. Einmalige Beiträge gegen die Vereinbarung sollen durch den Gesellenverein dem Vorstand der Gewerkschaft mitgeteilt werden, der für Abhilfe sorgen wird. — Es ist kein voller Sieg, den wir erringen können, aber davon trifft die Schuld die Elemente, die sich nicht scherten, ihren Arbeitsvertrag in den Städten zu fallen. Und deren Zahl war im Verhältnis zu der Zahl der Beschäftigten eine große. Jüta 100 Mann waren

stehen geblieben, dazu kamen circa 50 Arbeitswillige, die meist aus Böhmen zugereist kamen. Weiter mußte die gegenwärtige Geschäftslage mit in Erwägung gezogen werden, der letztere Umstand ist einer der maßgebenden gewesen, die eine Beendigung des Streiks ratfam erscheinen ließen. Nicht unerwähnt wollen wir die persönlichen Opfer des Kampfes lassen. Wenn auch einzelne Firmen wie Wegmann, Went, Thomas u. f. m. sämtliche Leute wieder einstellten, so glauben andere sich dadurch rächen zu können, daß dieser oder jener Kollege nicht in das alte Arbeitsverhältnis zurückkehren kann. Aber dieses wird nicht dazu beitragen, Uneinigkeit unter den Klempnern herbeizuführen — im Gegenteil: die Klempner haben gelernt und sie werden die Lehre zu beherzigen wissen. Wenn also auch kein voller Sieg errungen wurde, stolz können die Klempner doch sein. Stolz darauf, weil von den Streikenden nur wenige unterkreuz wurden; stolz auf den Zusammenhalt in dem langen schweren Kampfe; stolz auf den Fortschritt, der trotz aller Hindernisse erzielt wurde.

Metallarbeiter.

Sant-Wilhelmshaven. In einer am 26. Juli abgehaltenen Mitgliederversammlung hielt der Genosse Wagner einen Vortrag über „Maßstab und Generalstreik“. Er beleuchtete beide Punkte von der gewerkschaftlichen Seite sowohl wie von der politischen. In der Diskussion darüber wurde auch die Stellungnahme der Delegierten unseres Verbandes zu den beiden Punkten auf dem letzten Gewerkschaftstages besprochen. Es wurde ausgeführt, daß dieselben sich zweifellos im Gegensatz zur größten Anzahl unserer Mitglieder gestellt haben, was die letzte Generalversammlung beweisen habe. Sie jedoch der Prinzipienverletzung über des Verrats zu beschuldigen, dazu liege kein Anlaß vor, weil sie sich ohne Zweifel bei ihrer Stellungnahme in Köln ebenfalls von nüchternen Erwägungen haben leiten lassen. — Zu einem weiteren Punkte der Tagesordnung wurde das Resultat einer vorgenommenen Urabstimmung über die Erhebung eines monatlichen Extrabeitrags von 10 Pf. bekanntgegeben. Dieser Beitrag war notwendig, um den Anschluß der Metallarbeiter an das hier am 1. Oktober ins Leben tretende Arbeitersekretariat zu ermöglichen, da aus anderen lokalen Mitteln die hierfür zu zahlenden Beiträge nicht bestritten werden konnten. Es hatte hierüber schon einmal eine Versammlung durch Abstimmung entschieden, da jedoch nur eine ganz schwache Majorität dafür war, verweigerte der Vorstand die Zustimmung und ordnete eine Urabstimmung an. An dieser beteiligten sich 437 Mitglieder. Es stimmten bei 11 ungültigen Stimmen 289 für und 137 gegen einen monatlichen Extrabeitrag von 10 Pf. Dieser Beschluß hat bereits die Zustimmung des Vorstandes erhalten und ist in Nr. 31 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht. Die Nichtbefolgung des Beschlusses hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge, worauf wir die Kollegen besonders verweisen.

Berlin. Am 1. August wurde in Kellers Sälen eine zahlreich besuchte Versammlung der Rohrleger und Helfer abgehalten, um zu der neuen Tarifvorlage Stellung zu nehmen. Kollege Wissenschaftler referierte. Er hob dabei hervor, daß die Kommissionsvertreter der Arbeitgeber ungleich mehr Sachlichkeit und sozialpolitisches Verständnis entwickelt hätten, als dies bei den anderen Unternehmergruppen der Metallindustrie der Fall zu sein pflegt. Er erläuterte jedoch die circa 80 Paragraphen der Vorlage und empfahl dieselbe mit einigen geringfügigen Abänderungen zur Annahme. Die Hauptpunkte der Vorlage als des zwischen dem Arbeitgeber-Verband im Rohrlegergewerbe von Berlin und Umgebung und der Innung der Gas-, Wasser- und Heizungsanlagen-Fachmänner zu Charlottenburg einerseits und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, Verwaltungssstelle Berlin, abzuschießenden Tarifvertrags lauten ungefähr folgendermaßen: Die Arbeitszeit beträgt bei Werkstatt- wie Bauarbeit neun Stunden pro Tag. Im Winter oder bei Arbeitsmangel kann die Arbeitszeit verkürzt werden, bevor Entlassungen stattfinden. Sonntags ist eine Stunde, an dem letzten Arbeitstag vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten zwei Stunden früher Feierabend ohne Lohnkürzung. Der Mindestlohn beträgt für Rohrleger 65 Pf. (bisher 55 Pf.) und für Helfer 47 1/2 Pf. (bisher 40 Pf.) pro Stunde; auf Bauten 67 1/2 Pf. für Rohrleger und 50 Pf. für Helfer. Alle Rohrleger und Helfer, die bisher schon mehr wie den Mindestlohn verdienen, erhalten eine Lohnzulage von 10 respektive 7 1/2 Pf. Bei Arbeiten, die über die Postgrenze von Groß-Berlin hinaus liegen, wird Fahrgehalt und die Fahrzeimentschädigung bezahlt. Die Lohnzulage beträgt für Rohrleger und Helfer 3 Mk. pro Tag. In Orten, wo der Lebensunterhalt besonders teuer ist, wird ein entsprechender Zuschlag bezahlt. Fürs Ausland sind besondere Vereinbarungen zu treffen. Akkordarbeit ist möglichst zu vermeiden, eventuell muß der festgesetzte Lohn gesichert werden. Überstunden dürfen nur im äußersten Notfall gemacht werden. Alle Überstunden in der Zeit von Feierabend bis 8 Uhr abends, die pro Tag über neun Stunden gearbeitet werden, sollen — mit Ausnahme bei Reparatur — nur wenn sie vom Arbeitgeber verlangt, mit 25 Prozent Zuschlag bezahlt werden. Für Überstunden auf Bauten, die ohne Anweisung des Arbeitgebers gemacht werden, wird weder Lohn noch Zuschlag bezahlt. Sämtliche Werkzeuge sind in gutem Zustand zu liefern. Für sehr schmutzige Arbeiten, die länger als einen halben Tag dauern, sind Extrazuschläge zu zahlen. In den Werkstätten und auf den Bauten Berlins und seiner Vororte sind, wenn ein Arbeitgeber, der einer der Vereinbarungen angehört, die Verpflichtungen des Lohnartikels nicht erfüllt, die Arbeitnehmer unter allen Umständen verpflichtet, die Arbeit nicht früher niederzuliegen, als bis die Schlichtungskommission über den Streitfall verhandelt hat. Wenn die Arbeitnehmer trotzdem die Arbeit niederlegen, so darf der Deutsche Metallarbeiter-Verband die Firma nicht durch seine Presseorgane sperren und den Arbeitnehmern, die der obigen Vereinbarung durch Arbeitsniederlegung zuwidergehandelt haben, keine Streikunterstützung zahlen. Wenn in einer Werkstatt, die den Verbänden der Arbeitgeber als Mitglied nicht angehört, die Arbeit zwecks Durchführung des Lohnartikels niedergelegt wird, so verpflichten sich die Verbände der Arbeitgeber: 1. Nachdem der Obmann der Arbeitgeber durch persönliche Rücksprache benachrichtigt ist und festgestellt hat, daß in der betreffenden Werkstatt der Recht bestehende Lohnartikels tatsächlich nicht innegehalten wird, den Arbeitsnachweis sofort anzuweisen, dem betreffenden Arbeitgeber keine Arbeitskräfte zuzuwenden. 2. Ein durch den Obmann der Arbeitgeber für die Wiedereinstellung der alten Leute zu verwenden, soweit es nach dem übereinkommen der beiden Obmänner tunlich erscheint. Die Entlassung eines Arbeiters aus dem Grunde, weil er eine Differenz durch die Schlichtungskommission hat ordnen lassen, muß als Maßregelung gelten. Auch die Entlassung von Arbeitern, die einzeln oder in einer Kommission in ruhiger und sachlicher Weise den Arbeitgebern gegenüber die ihnen laut Tarif zustehenden Rechte vertreten, ist als Maßregelung anzusehen. Sonderverträge gegen den Sinn oder Inhalt des Tarifs sind ungültig. Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum 1. September 1908 und ist drei Monate vor dem 1. September 1906 zu kündigen, andernfalls er mit gleicher Kündigungsfrist ein Jahr weiterläuft. (Statt September hat die Arbeitgeberkommission Oktober gesetzt; doch glaubte die Versammlung an dem Monat September festhalten zu müssen.) Außerdem ist wieder eine paritätische Schlichtungskommission vorgesehen und als letzte Instanz das Einigungsamt des Gewerbegerichtes. — In der Diskussion wurde besonders die dreijährige Vertragsdauer bemängelt. Jedoch stellten sich die meisten Redner mit der Kommission gemeinsam auf den Standpunkt, daß man deswegen die friedliche Vereinbarung nicht scheitern lassen könne, wie auch andererseits erwartet wurde, daß die Arbeitgeber in ihren beschließenden Verhandlungen am Donnerstag und Freitag (3. und 4. August) die von den Rohrlegern gewünschten geringen Abänderungen der Vorlage ebenfalls noch akzeptieren werden. Die Abstimmung ergab jedoch die Annahme der Vorlage mit überzogener Majorität. Wiegestalt berichtet dann noch, daß in der Kommission auf Anregung der Arbeiter hin auch eingehend über die Arbeitsnachweisfrage gesprochen worden sei. In der Kommission habe man sich dafür ausgesprochen, der Tarifvertrag einen Nachtrag anzuhängen und diesen den beiderseitigen beschließenden Versammlungen ebenfalls

zur Begutachtung respektive Sanktion zu unterbreiten. Derselbe lautet: „Bis zum 1. Oktober 1906 ist ein paritätischer Arbeit nachweis unter Aufsicht der Schlichtungskommission zu bilden. Rohrleger, die nach Entscheidung der Schlichtungskommission unfähig sind, als Rohrleger zu arbeiten, erhalten von diesem Nachweis nur als Helfer Arbeit nachgewiesen. Die Arbeitsnachweise d. Arbeitgeber-Verbandes im Rohrlegergewerbe und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle Berlin, werden am 1. Oktober 1906 geschlossen. Alle näheren Befugnisse und Einrichtungen des zu bildenden Arbeitsnachweises werden durch ein zu schaffendes Regulativ festgelegt.“ — Die Versammlung hieß diese Anregung d. Kommission einstimmig gut.

Dessau. Die Differenzen bei der Firma Röbert sind beigelegt. Durch das einmütige Vorgehen der dort beschäftigten Schlosser und Schmiede wurde erreicht, daß der vereinbarte Stundenlohn bei Akkordarbeiten garantiert und die Bestimmung der Fabrikordnung über die Montagegelde zugunsten der Arbeiter geändert wurde.

Fische bei Solingen. Über die Vorgänge bei Hammerfall wurde in einer Werkstattoersammlung der organisierten Metallarbeiter Bericht erstattet. Die Versammlung nahm dann folgende Antrag an: „Die Gesellen am 26. Juli stattgehabte Werkstattoersammlung der Firma Gottlieb Hammerfall faste nachfolgende Beschlüsse: In Erwägung, daß für fast sämtliche unserer Mitglieder Lohn erhöhungen erreicht und daß auch sonst annehmbare Zugeständnisse gemacht worden sind, wird die Ortsverwaltung beauftragt, die Unterzeichnung des Tarifvertrags bei der Firma Hammerfall vorzunehmen. Die Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die unlautere Berichterstattung der Vergifteten Arbeiterstimme und stellt fest, daß objektiv die Unwahrheit berichtet wurde.“

Saan. In einer hier abgehaltenen gut besuchten öffentlichen Metallarbeiterversammlung beschloß sich der Referent Sende mit der christlichen Gewerkschaftsaktion, die durch den berühmten Münster betriebenen wird. Die anwesenden christlichen Gewerkschaften sammelten ihre Sprüche her; einer mußte zeitiger fort, die anderen saßen wie die begoffenen Rubel bei dem Spott und Hohn da, von allen Seiten auf sie niederprasselte. In einer Resolution, die gegen vier Stimmen angenommen wurde, erklärte man die Agitation der Christlichen als eine perfide und gemeine, die jeder Christlichen, aber auch jeder ehrlichen Anschauung widerspricht, und die Taktik des Metallarbeiter-Verbandes im Falle Hammerfall als einseitig richtig. In der Debatte wurde auch festgestellt, welcher christlichen Schwindelern man in Saan selbst fähig ist. Hier hatte man bekanntlich eine von den Christlichen einberufene Versammlung in dem Augenblick aufgeteilt, als die Entscheidung fallen sollte — die unvorteilhaftigsten des Metallarbeiter-Verbandes gewesen wäre. Einigen Zwischenrufe eines Holländers genügt zur christlichen Auflösung. Nachher schrieb man im Muckertaler Volksblatt, daß durch den Krach der freien Gewerkschaft die Auflösung herbeigeführt worden sei. Der Schreiber dieser Unwahrheiten (ein gewisser Nuten) bekam in der von uns einberufenen Versammlung sowie zu hören, daß er das nächste Mal ebenfalls vorchtiger sein wird.

Geinrichs i. Th. Auf was für Einfälle die Meister einer Fabrik verfallen, um „Mißstände aus der Welt zu schaffen“, kann man am besten bei der Firma Simson & Co. in Geinrichs sehen. Da ist in der Fahrradabteilung der Meister Höhne, dem der Rohbau unterstellt ist. Diesen Meister hat der Artikel in Nr. 23 der Metallarbeiter-Zeitung etwas aus dem Häuschen gebracht. Er hat sich nun die Aufgabe gestellt, die bösen Verbändler aus der Fabrik zu bringen. Dieser Mann spricht vom Verband, daß darin lauter Lumpen und Faulenzen wären. Herr Höhne ist ganz der Mann, der die Berechtigung zu solchen Ausprüchen besitzt, er war früher organisierter Nachfolger. Ob Höhne etwa bei der ersten Gelegenheit seine Verbändersinteressen verraten hat, weiß Schreiber dieses nicht, jedenfalls wird es aber der Meister Höhne am besten wissen. Was für Zustände bei ihm herrschen, glaubt der, der nicht bei ihm arbeitet, nicht. Vor drei Wochen hat er einen vierzehnjährigen Lehrlingen an eine Presse gestellt, wie es auch gar nicht anders sein konnte, quetschte sich dieser drei Finger fast ganz ab. Die Werkzeuge und Maschinen sind im aller schlechtesten Zustand; die Werkzeuge sind abgearbeitet, keine richtigen Anschläge mehr daran. Wenn da die Arbeit richtig ausfallen soll, muß der Arbeiter ein wahrer Künstler sein. Aber zur Künstlerchaft können es die Arbeiter bei Meister Höhne wirklich nicht bringen, denn seine Werkstatt kann man mit einem richtigen Laubenschlag vergleichen — alle Tage neue Gesichter! Es ist das ja auch kein Wunder, müssen doch nicht selten Arbeiter mit einem Verdienst von 6 bis 20 Mk. in 14 Tagen nach Hause gehen. Dann spricht dieser Meister noch immer: Wir arbeiten ja nur für die Arbeiter. Deshalb meint er wohl auch, er könne die Arbeiter Dschjen nennen. Auf diese Werkstatt möchten wir Herrn Mag. Simson aufmerksam machen, er sollte ihr öfter einen Besuch abstatten. Er sollte auch dem Werkmeister Schmidt, dem der Fahrradbau unterstellt ist, zeigen, wo er Remedur schaffen kann. Meister Schmidt wird Arbeit in Hülle und Fülle finden, er kann sich dann einmal wirklich praktisch betätigen. Die Werkzeuge sind zu verbessern, damit ordentliche Arbeit damit geleistet werden kann. Auch ist dafür zu sorgen, daß wenn ein Arbeiter für 50 Mk. Arbeit macht, er nicht nur 25 bis 30 Mk. bezahlt bekommt. Dann wird auch sofort der viele Ausschuss aufgehoben. Auch bei den Meistern Pohlmann und Wagner bleibt noch sehr zu wünschen übrig. In der Schleiferei könnte der Inspektor Berkes einmal ein Wort sprechen. Da werden immer neue Leute eingestellt, haben diese für einen Tag Arbeit erhalten, so müssen sie nach ihrer Fertigstellung auf neue Arbeit gleich ein paar Tage warten. Wenn ein Arbeiter einmal zu spät kommt, ist der Herr Berkes aber der erste, der sie anrancht und sie bestraft. Er möge dafür sorgen, daß die Arbeiter regelmäßig Arbeit und Verdienst haben. — Wir werden die Fahrradabteilung, dieses Meisterintitut, ganz besonders im Auge behalten. Eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse hier und in der Umgebung ist dringend nötig. Dazu bedarf es aber des Zusammenstehens aller Kräfte, des Anschlusses aller Kollegen an den Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Kaiserlautern. Der Bezirksleiter des neunten Bezirkes, Kollege Borchgler, hielt vor kurzen hier einige Fabriktoersammlungen ab. Die erste war für die Arbeiter der Maschinenfabrik von Gebrüder Pfeiffer einberufen. Es ist dies die Firma, die gar oft in vielen Blättern Deutschlands tüchtige Arbeiter aller Branchen sucht. Wenn dann Kollegen von auswärts auf eine solche Annonce hierher gekommen sind, dann haben sie gewöhnlich ein, daß sie gründlich herein gefallen seien. Die Firma könnte am Orte Arbeiter genug bekommen, wenn sie einen anständigen Lohn zahlen würde. Die Versammlung war sehr gut besucht, es waren von 180 Arbeitern circa 130 erschienen. Als Kollege Frisch, der verstorbenen Bezirksleiter, vor zwei Jahren die ersten Fabriktoersammlungen hier abhielt, waren circa 30 Mannlein erschienen, manchmal mußte die Versammlung wegen schlechten Besuchs ausfallen. Die letzten Versammlungen sind ein Beweis dafür, daß auch hier in dem Grenzgebiet Saarabens die Arbeiterschaft erwacht. Kollege Borchgler schilderte in erschöpfender und fesselnder Weise die Verhältnisse in der Metallindustrie und die ihrer Arbeiter. Es gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die heute tagende Fabriktoersammlung von Gebrüder Pfeiffer erkennt an, daß die in der Fabrik bestehenden Zustände äußerst traurig sind und daß es unbedingt notwendig ist, sie zu verbessern. Die Versammelten erkennen jedoch an, daß dieses nur durch eine gute und straffe Organisation möglich ist und verpflichten sich deshalb, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten und für die Ausbreitung desselben zu sorgen, um zur gegebenen Zeit ihren Wünschen Gehör verschaffen zu können.“ Die andere Versammlung war für die Arbeiter des Eisenwerkes einberufen und war ebenfalls gut besucht. Zur Annahme gelangte dort folgende Resolution: „Die heute tagende Versammlung der Arbeiter des Eisenwerkes Kaiserlautern ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Die Versammlung verurteilt auf das Schärfste die im Eisenwerk herrschenden Zustände, die nach jeder Hinsicht verbesserungsbedürftig sind. Besonders verlangt die Versammlung, daß ein auf ordnungsgemäßen Wege gewählter Arbeiterausschuß zustande kommt und die Fabrikordnung endlich einmal den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend geändert

mird. Auf alle Fälle aber verpflichten sich die Anwesenden, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten und für dessen Ausbreitung zu sorgen...

Kaiserslautern. Wir müssen uns einmal mit der Maschinenfabrik von W. M. Pfaff beschäftigen. Diese Firma, die ihre Produkte in der ganzen Welt absetzt, beschäftigt jetzt 1200 Arbeiter...

Röding. In der Eisenbahn-Signalfabrik von Harwig & Co. drohten Differenzen auszubrechen, und zwar wegen der Löhne und der Entlassung eines Kollegen...

Zugewand. Zwischen Mitgliedern der hiesigen Ortsverwaltung war ein Zwist ausgebrochen, dessen Hauptursache in dem Verhältnis der beiden hiesigen politischen Arbeiterparteien zu suchen war...

Watz - Gustavsburg. Die Massenausperrung in der bayerischen Metallindustrie konnte hier nicht ohne Wirkung bleiben. Die Arbeiter des großen Werkes Gustavsburg...

waltigen des Werkes vorteilhaft erscheint, dann heißt es schufen bei Tag und Nacht, ja, 38 Stunden in einem Zuge. Besonders in neuester Zeit wird darin wieder großartiges geleistet...

Eggersheim. Die hiesige Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hielt am 30. Juli eine öffentliche Metallarbeiter-Veranstaltung ab, in der der Kollege Bergmann aus Wien referieren sollte...

Rundschau.

Die Oberscharfmacher der Arbeitgeber-Zeitung

Mischen weiter. Sie drucken aus unserem Artikel „Noch einmal die verlogene Kampfweise der Scharfmacher“ in Nr. 29 verschiedene Stellen ab, die einen, um darzutun, daß wir „nicht mit Paulen und Trompeten aller Welt revolutionäre Tendenzen offenbaren“...

Das deutsche Gewerkschaften.

Der Verband der Steinarbeiter hatte im Jahre 1904 19 Abwehrstreiks mit 673 beteiligten Arbeitern zu führen. Vollständig erfolgreich waren 12, teilweise erfolgreich 5, erfolglos 2 Streiks...

Polstari, Generalstreik u. s. w. gesprochen worden ist. Der Geschäftsführer der Verwaltungskasse wurde zu 30 Wk. Geldstrafe verurteilt...

Der Streik der Berliner Teppichweber ist nach 15wöchiger Dauer nunmehr beendet. Zwar konnten nicht alle Forderungen durchgesetzt werden...

Ausgesperrt wurden die organisierten Hafenarbeiter in Alten a. Elbe wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verband der Hafenarbeiter.

Fünf weitere Gauleiter sollen vom Verband der Zimmerer angestellt werden und zwar für die Bezirke Posen, Ostpreußen, das nördliche Bayern, Provinz Sachsen und Anhalt und Schleswig-Holstein und das nördliche Hannover.

Die Einigungsverhandlungen im rheinisch-westfälischen Baugewerbe haben zu keinem Ergebnis geführt, da die Bundesversammlung der Arbeitgeber einstimmig ablehnte, vor dem 1. April 1906 eine Lohnerhöhung einzutreten zu lassen...

Die Aussperrung im Münchener Baugewerbe dauert unverändert fort. Alle Einigungsversuche scheiterten bisher an dem Starrsinn der Unternehmer.

Im sächsisch-thüringischen Textilindustriebezirk drohen die Unternehmer 80000 Textilarbeiter auszusperrern. Am 19. Juli traten nämlich in Glauchau und Meerane 550 Färberei- und Appreturarbeitern in den Ausstand...

Ein Unternehmer als Detektiv.

In Berlin stand der Gürtler M. vor der Ferienstrafkammer, angeklagt der Verleumdung und Nötigung eines Arbeitswilligen in Verbindung mit § 153 der Gewerbeordnung. M. hatte beim letzten Gürtler- und Druckerstreik vor der Metallwarenfabrik von Spinn & Sohn Streikposten gestanden...

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(S. D. 29 Hamburg).

Abrechnung über den Unterstützung- und Agitationsfonds.

Raffensbestand am 15. April 1906: Mk. 2151,01. Von der 50. Mahlabteilung 187,20. (Mannheim 78,20. Neckarvorstadt 66,40. Waldhof 24,50. Käferthal 14,80. Summa 183,70. Uf für Drittungsarbeiten 16,50. Rest 167,20.) Siesbiter-Wehringhausen 40,40. Gröbelsbütan 30. Gröbels-Naupflich 10. Furrer-Häppert 34. Reichert-Sudenburg 30. Maurer-Schweiggerorstadt und Osterheim 42,20. Wöbbs-Immendorf 2,50. Lofahrn-Strum 4,50. Oshell-Friedrichsdorf 73,70. Jahrenwalb-Berlin 4. bis 12. Mahlabteilung 100. Holt-Düffelbarf 80. Filiale Neckarau 133,04. Ritter-Braunschweig 11,50. Schäufele-Rintheim 20. Treusch-Fermerleben 25. Wirsching-Flensburg 3. Palasche-Werlin XI 50. Lindemann-Plagwitz 8,05. Lammers-Diemis 5. Gorb-Budau 15. Wolf-Better 44. Deutschmann-Weipig 85. Von Mitgliedern der Generalversammlung durch Jahrenwalb 10. An Zinsen 44,52. Summa Mk. 5104,62.

Einnahmen:

Für: Nr. Neckarvorstadt 35. Probst-Neckarvorstadt 35. Stoll-Karlstraße 45. Weiß-Derrad 30. Bohnfeld-Bischdahl 40. Ruffe-Fermerleben 30. Kaiser-Waldhof 35. Kronb-Mannheim 35. Fischer-Fermerleben 45. Hermann-Immendorf 35. Kreis-Neuß 35. Lutenuth-Hamburg 500. Porto 8,45. Summa Mk. 908,45.

Bilanz:

Einnahmen Mk. 8104,62
Ausgaben " 908,45

Raffensbestand Mk. 2201,17.

Braunschweig, den 28. Juli 1905.

G. Hartmann, Königstiege 14.

Revidiert und für richtig befunden:

Karl Fischer. Rudolf Schneemilch.

Nachtrag.

Die Aussperrung in Breslau unterbleibt!

Aus Breslau wurde uns telegraphiert: Zu einer dreitägigen Verhandlung ist zwischen den Unternehmern und den streikenden und ausgesperrten Arbeitern eine Einigung erzielt worden, die für die Eisen-, Metall- und Revolverarbeiter folgende Verbesserungen bringt: 4 Pf. Zulage pro Stunde für die Arbeiter, die bisher weniger als 30 Pf. verdienen, 3 Pf. für die, die 30 bis 32 Pf. verdienen, 2 Pf. für die, die 33 bis 40 Pf. verdienen, 1 Pf. für die, die über 40 Pf. verdienen, Verbesserung der Arbeitszeit...

